



**KOMMUNALE  
INFORMATION**

# Harte Verhandlungen bis zum Schluss **FAG neu steht endlich**

Seite 5

Die Kommunale Information ist eine Zeitschrift des Verbandes sozialdemokratischer  
GemeindevertreterInnen in Niederösterreich

**Ausgabe 6/2016**



*DIE KARTAUSENWEIHNACHT in der Mostviertelperle Gaming ist sicher einer der stimmungsvollsten Adventmärkte in Österreich. Jedes Jahr lassen sich hier bis zu 20.000 BesucherInnen „verzaubern“.* Foto: Theo Kust

## **Neuwahl in Enzesfeld?**

Knalleffekt in Enzesfeld-Lindabrunn. Nach der Mandats-Rücklegung der Opposition steht eine Neuwahl im Raum - Seite 7.

## **Echt stark: Gudrun Quirin**

Starke Frau: Die junge fünffache Mutter (33) aus Haringsee gibt jetzt auch im Gemeinderat ordentlich Gas - ab Seite 10.

## **Stadler in KI-Interview**

Der SPNÖ-Chef spricht ausführlich über die große Strukturreform und die Zukunft der Landespartei - ab Seite 24.



# SPARPROGRAMM

Jetzt Bonuspunkte einlösen  
und ordentlich sparen.

Lösen Sie Ihre wertvollen Bonuspunkte jetzt zum  
Beispiel bei einem Ihrer EVN PowerPartner gegen  
energiesparende Produkte und Dienstleistungen ein.

**EVN**

Mehr auf [evn.at/bonus](http://evn.at/bonus)

## AUS DEM INHALT

- 5 Endlich: Der FAG ist ausverhandelt!**  
Das zähe und harte Ringen am Verhandlungstisch hat sich für die Gemeinden bezahlt gemacht.
- 7 Neuwahl in Enzesfeld-Lindabrunn?**  
In der Bürgerlisten-Gemeinde im Bezirk Baden stehen Neuwahlen im Raum.
- 10 Starke Frau: Gudrun Quirin, 33**  
Die fünfache Mutter aus dem Weinviertel ist jetzt auch im Haringseer Gemeinderat aktiv.
- 14 Starke Minderheit: Waidhofen/Ybbs**  
Die Statutarstadt wählt bereits im Jänner - und die SPÖ will unbedingt die Absolute der ÖVP knacken.
- 19 Die Jungen & das Ehrenamt**  
Ehrenamtliches Engagement hat bei der Jugend Tradition - jetzt auch in Sachen Flüchtlingshilfe.
- 22 Climate Star für Ober-Grafendorf**  
Das Projekt „Ökostraße“ war dem Klimabündnis Europa eine hohe Auszeichnung wert.
- 24 Starkes Interview: Matthias Stadler**  
Der SPNÖ-Chef über die große Partei-Strukturreform und seine Visionen in Sachen Sozialdemokratie.
- 32 Orts-Reportage: Bärnkopf**  
Die abgeschiedene Lage ihres Ortes lässt die BewohnerInnen besonders eng zusammenrücken.
- 42 Der Gemeinde-Rat**  
GVV-Juristin Mag.<sup>a</sup> Sabine Blecha und andere ExpertInnen informieren in Rechtsfragen.



Bgm. LAbg.  
Rupert Dworak,  
Präsident des GVV

### Werte Gemeindevertreterin! Werter Gemeindevertreter!

Der Finanzausgleich 2017-2021 ist unter Dach und Fach. Die gute Nachricht: Nach sehr langen und intensiven Verhandlungen ist es uns gelungen, dass keine Gemeinde Geld verlieren wird. Ganz im Gegenteil. Wir haben 106 Millionen mehr Mittel für die Kommunen ausverhandelt, wovon 60 Millionen Euro in einen Fonds für strukturschwache Gemeinden fließen werden. Das heißt: In fünf Jahren gibt es satte 300 Millionen Euro mehr für finanzschwache Kommunen.

Weiters sind zwei für uns wichtige Eckpunkte in diesem FAG niedergeschrieben worden: 1. Die Aufrechterhaltung des Pflegefonds im Ausmaß von 350 Millionen mit einer Valorisierung bis 2021. 2. Die Reparatur der Grundsteuer – eine schon lange Forderung von mir und auch eine zentrale des Gemeindebunds. Und wir haben auch erstmals einen Schritt in Richtung Aufgabenorientierung gesetzt, sind uns aber bewusst, dass wir hier sofort beginnen müssen, die entsprechenden Weichen auch für den Finanzausgleich 2021 zu stellen.

2017 wird für die Sozialdemokratie das Thema Arbeit weiterhin im Mittelpunkt stehen. Wir fordern einen Mindestlohn von 1.700 Euro brutto, damit die Menschen mit ihrem Einkommen auch auskommen können.

Außerdem lade ich Euch schon jetzt zu unserem GVV-Neujahrsempfang 2017 ein, der diesmal am 12. Jänner ab 18.30 Uhr in der Fachhochschule Krems über die Bühne gehen wird.

Für die bevorstehenden Feiertage wünsche ich Euch alles Gute, eine ruhige, besinnliche Zeit im Kreise Eurer Familien und Liebsten und danke Euch von ganzem Herzen für Euer Engagement und Eure Unterstützung.

Herzlichst

*Rupert Dworak*  
Rupert Dworak





**LEHRE IN NÖ:  
G'lernt is' g'lernt!**

**ARBEIT  
ist unser Thema**

**SPÖ NÖ**

**Frohe Weihnachten  
und alles Gute für 2017**



**SPÖ NÖ**  
www.noee.spoe.at

## Einstieg in Ausgabenorientierung

„Der Finanzausgleich ist der Einstieg in die Aufgabenorientierung“, so Finanzminister Schelling. Nach sehr langen und intensiven Verhandlungen haben Bund, Länder und Gemeinden nun ein neues Paktum über einen Finanzausgleich unterzeichnet. Diese Vereinbarung wird – wenn alle nötigen Parlamentsbeschlüsse erfolgt sind – mit Jahresbeginn 2017 in Kraft treten und bis 2021 gelten. Auch SPÖ-GVV-NÖ Präsident Bgm. Labg. Rupert Dworak saß bei der Schlussrunde am Verhandlungstisch: „Wir Gemeindevertreter und der Städtebund haben bis zuletzt hart um den Strukturfonds verhandelt.“

Hier einige wichtige Eckpunkte der neuen Vereinbarung:

1. Keine Gemeinde in Österreich wird Geld verlieren. Das ist ein wichtiger und nicht selbstverständlicher Punkt, der vor allem für strukturschwache und Abwanderungsgemeinden von Bedeutung ist.
2. Die Gemeinden bekommen insgesamt pro Jahr um 106 Millionen Euro

mehr zugesprochen, als sie bisher zur Verfügung hatten. Damit werden die zusätzlichen Aufgaben der vergangenen und kommenden Jahre abgegolten. Über die gesamte Laufzeit entspricht das einer zusätzlichen Finanzmasse von 530 Mio. Euro für die Gemeinden.

3. Von diesen 106 Millionen Euro werden 60 Mio. Euro in einen eigenen Fonds für strukturschwache Abwanderungsgemeinden gehen (300 Mio. Euro über die gesamte FAG-Periode), die Kriterien dafür werden seitens des Gemeindebundes erarbeitet. Der Rest wird nach dem bisherigen Bevölkerungsschlüssel verteilt.

4. Für die Aufwände in der Flüchtlingsbetreuung gibt es eine Einmalzahlung von insgesamt 37 Mio. Euro für die Gemeinden.

5. Der Pflegefonds, der die gemeinsame Finanzierung der Pflegekosten regelt, wird mit 350 Mio. Euro verlängert und ab 2018 mit 4,6 Prozent valorisiert. Über die gesamte FAG-Periode entspricht das einem Zuwachs von rund 110 Mio. Euro.

6. Die Finanzierung der Sied-

lungswasserwirtschaft ist mit einem Bundesanteil von 80 Mio. Euro pro Jahr abgesichert worden. Das sind über die FAG-Periode hinweg rund 400 Mio. Euro.

7. Ab 2018 beginnt die Zuteilung der Finanzmittel anhand einer Aufgabenorientierung. Erstes Anwendungsgebiet wird die Kinderbetreuung sein. Nach Kriterien wie etwa der Anzahl der betreuten Kinder, der Gruppengrößen oder der Öffnungszeiten sollen dann die Finanzmittel in diesem Bereich verteilt werden.

8. Ab 2019 ist die aufgabenorientierte Finanzierung auch für den Bereich der Schulfinanzierung vorgesehen.

9. Für die Reform der Grundsteuer wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die sehr zeitnah über die am Tisch liegenden Vorschläge des Gemeindebundes beraten und sie umsetzen soll. Auch bei der Kommunalsteuer wird über einfachere Modelle der Einhebung nachgedacht.

10. Für die Verbesserung der Finanzierungsströme wurde ein Benchmark-System für Länder und Gemeinden vereinbart, das anhand von Zahlen und Leistungen eine bessere Vergleichbarkeit schaffen soll.

Außerhalb des Finanzausgleichs stellt der Bund bis 2025 rund 750 Mio. Euro für den Ausbau ganztägiger Schul- und Betreuungsformen bereit. Ein entsprechender Gesetzesentwurf ist in Begutachtung. Darüber hinaus soll es einen kommunalen Infrastrukturfonds geben, der mit 175 Mio. Euro dotiert wird.

GVV-Präsident Dworak: „Mit dem Abschluss dieses Finanzausgleichs ist ein sehr wesentlicher Schritt zur Absicherung der Finanzausstattung der Gemeinden gelungen. Mit der Hinwendung zur Aufgabenorientierung wird die Bedeutung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels künftig abnehmen.“



Foto: Österreichischer Gemeindebund

Nach der Schlussverhandlung im Finanzministerium (v.r.): NÖ-GVV-Präsident Rupert Dworak, LH Josef Pühringer, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, BM Hans Jörg Schelling, NÖ-Gemeindebundpräsident Alfred Riedl.



# GÜNSTIG WOHNEN

## Daten & Fakten zur St. Pöltner Wohnungsgenossenschaft

- **Gründung:** Am 8. März 1921 wurde die „Allgemeine gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft, eingetragene Genossenschaft m. b. H. St. Pölten“ vom damaligen Bürgermeister Hubert Schnofl gegründet.
- **Entwicklung:** Im ersten Jahrzehnt beschränkte sich die Bautätigkeit hauptsächlich auf Siedlungs- und Einfamilienhäuser. 118 Siedlungshäuser, 10 Mietshäuser mit 52 Wohnungen und 6 Geschäftslokale wurden in der Landeshauptstadt errichtet. 1932 bis 1938 wurden 295 Einfamilienhäuser gebaut, in den Jahren 1939 und 1940 trotz des Zweiten Weltkrieges 31 Siedlungshäuser und 34 Wohnhäuser mit 297 Wohnungen. 1941 waren es 72 fertiggestellte Wohnungen. Nach Kriegsende konnten schließlich wieder 34 Häuser fertiggestellt werden.
- **Der Durchbruch:** In den frühen 60er-Jahren begann schließlich der Durchbruch, binnen weniger Jahre wurden 2.300 Wohnungen errichtet, der 1970 bis 1990 mit 2.400 weiteren neuen Wohnungen fortgesetzt wurde. Seit 1961 wurde die Bautätigkeit schließlich auf ganz Niederösterreich ausgeweitet.
- **Projekte:** In den Gemeinden und Orten Absdorf, Altlenzbach, Anzenhof, Dürnkrot, Eggenburg, Eichgraben, Fischamend, Frankenfels, Gänserndorf, Gars, Gmünd, Groß Siering, Hafnerbach, Hainfeld, Herzogenburg, Ho-

henberg, Horn, Kirchberg/Pielach, Krems, Leopoldsdorf/Marchfelde, Lilienfeld, Maria Enzersdorf, Mauerbach, Meidling, Neulengbach, Oberwölbling, Paudorf, Pottenbrunn, St. Pölten, St. Andrä/Traisen, St. Christophen, Scheibbs, Sigmundshenberg, St. Valentin, St. Veit/Gölsen, Statzendorf, Stillfried, Stockerau, Strasshof, Traisen, Traismauer und Waidhofen/Thaya stehen mittlerweile Wohnbauten der Wohnungsgenossenschaft St. Pölten.

Allgemeine gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft  
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung  
in St. Pölten  
Josefstraße 70/72, 3100 St. Pölten



## GÜNSTIGES WOHNEN mit der GENOSSENSCHAFT

- 23 NIEDRIGENERGIE-WOHNUNGEN
- Größen von ca. 57-100 m<sup>2</sup> zuzügl. Loggia/Terrasse
- EG-Wohnungen mit Eigengartenanteil
- Liftanlage und Tiefgarage
- Günstige Miete
- HWB-ref = ≤ 20

Wir informieren Sie gerne!



Handel-Mazzetti-Straße  
3100 St. Pölten

Foto: Fotolia

www.wohnungsgen.at

Tel.: 02742 77 288 - 0, Fax: 02742 73 458 e-mail: wohnungsberatung@wohnungsgen.at

WERBUNG

## Neuwahl in Enzesfeld?



Die SPÖ-Fraktion Enzesfeld-Lindabrunn (v.l.): Silvia Pirker, Alex Schmid, Karin Scheele, Gerhard Beck, Karin Widermann, Franz Meixner.

Riesenwirbel im Gemeinderat von Enzesfeld-Lindabrunn (Bezirk Baden) Als sich Bürgermeister Franz Schneider (Liste Schneider) gegen eine Volksbefragung zum Enzesfelder Ortszentrum stellt, legt die Opposition ihre Mandate zurück. Ihr Vorwurf: Der Orts-Chef verschlebe das Tafelsilber der Gemeinde an eine Wohnbaugenossenschaft. Die Gemeinderäte der Opposition wollen aber weiterhin „Herr im eigenen Haus“ bleiben und sehen hier den Großteil der Bevölkerung hinter sich.

So kam es bei der Gemeinderatsitzung Ende November nun zum Knalleffekt: Die Gemeinderäte der Opposition (SPÖ, ÖVP und FPÖ) verließen geschlossen die Gemeinderatssitzung, am 24. November, legten sie dann auch noch alle ihre Mandate zurück. Die gesamte Opposition war sich einig, durch ihre Mandatsrücklegung eine Neuwahl herbeizuführen, nachdem Bürgermeister Schneider den Initiativantrag von 680 Leuten für eine Volks-

befragung durch juristisches Spitzfindigkeiten verhindern will.

Aber nur eine Woche später wurde seitens der ÖVP laut über die Nachbesetzung der vier VP-Mandate nachgedacht - was die angestrebte Neuwahlverhindern würde.

Die ÖVP wird erst in den nächsten Tagen über die Frage der Neuwahl befinden - bei Drucklegung dieser KI-Ausgabe gab es diesbezüglich noch keine Entscheidung. Karin Scheele und Franz Meixner von der SPÖ-Fraktion stellen jedoch klar: „Alle sechs Mandate der SPÖ sind zurückgelegt. Die gesamte SPÖ-Liste steht nach wie vor zu diesem Schritt! Wir sind bereit für die Neuwahlen, die der Herr Bürgermeister offenbar lieber hat als eine Volksbefragung! Es bleibt zu hoffen, dass alle anderen Personen, die diese Neuwahlen durch ihr Nachrücken in den Gemeinderat verhindern könnten, davon absehen, damit sich der Bürgermeister nicht vor der Meinung der Bevölkerung verstecken kann.“

Foto: z.V.g.

Editorial



StR Mag.  
Ewald Buschenreiter,  
Direktor des GW

Werte Gemeindevertreterin!  
Werter Gemeindevertreter!

Das Jahr neigt sich zu Ende. Man kann sagen, es war ein ziemlich turbulent. Angefangen mit den wichtigen Gemeinderatswahlen in der Landeshauptstadt Sankt Pölten, gefolgt von den zwei Wahlgängen bei der Bundespräsidentenwahl, den schwierigen und sich über viele Monate hin ziehenden Finanzausgleich-Verhandlungen und schließlich auch noch der Umzug unseres GVV-Büros vom Sankt Pöltner Bahnhofplatz auf den Europaplatz 5.

Auch das neue Jahr erwartet uns mit großen Herausforderungen: Planmäßige Urnengänge in den Statutarstädten Waidhofen an der Ybbs und Krems. Dazu steht noch die Organisationsreform der Landespartei auf der Agenda und schließlich, im Herbst 2017, ist es wieder Zeit, Halbjahresbilanz zu ziehen.

Dementsprechend werden wir selbstverständlich wieder für Euch einiges auf Lager haben, um Euch mit besten Mitteln zu unterstützen.

In diesem Sinne wünsche ich Euch ein frohes Fest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Herzlichst

Ewald Buschenreiter





Schäbig: Die Kürzung der Mindestsicherung schafft Armut.

## € 1.700 Mindestsicherung umsetzen!

NÖ: Kürzung der Mindestsicherung durch ÖVP und FPÖ ist beschämend

„Sie sagen ‚Flüchtlinge‘, aber gestrichen wird bei allen – bei Geringverdienern mit Frau und Kindern, bei alleinerziehenden Müttern oder pflegenden Angehörigen“, sagt SPÖ NÖ Landes-GF Robert Laimer zur nunmehr beschlossenen ÖVP NÖ Regelung der bedarfsorientierten Mindestsicherung in NÖ: „Die längst nicht mehr christlich-soziale ÖVP und die Partei des ‚kleinen Mannes‘, die FPÖ, befinden sich in schwarz-blauer Eintracht, wenn es darum geht, die Existenzen von Menschen aufs Spiel zu setzen. Schwarzblau durchlöchern dieses letzte soziale Netz und billigen den BezieherInnen der Mindestsicherung kein menschenwürdiges Leben zu!“

„Die NÖ Sozialdemokratie hat den Antrag der ÖVP klar abgelehnt, weil kein/e ArbeitnehmerIn etwas davon hat, wenn den Ärmsten der Armen noch etwas weggenommen wird – die ArbeitnehmerInnen profitieren nur von fairen Löhnen“, betont SPÖ NÖ-Klubobmann Alfredo Rosenmaier.

„Ich kann mir nicht vorstellen, dass irgendjemand von den Damen

und Herren, die jetzt im Landtag beschlossen haben, dass Menschen mit 572,50 Euro im Monat Wohnung, Heizung und Lebensmittel bestreiten sollen, selbst damit leben könnte“, sagt Rosenmaier. Darüber hinaus sei der zu erwartende Effekt auf das Budget mehr als gering: „Mit dieser unverhältnismäßigen Kürzung erspart sich das Land so gut wie nichts, aber Menschen werden ins Elend gestürzt.“

„Seit dem Beschluss von ÖVP, FPÖ und Team Stronach ist es in Niederösterreich schlagartig um einige Grade kälter geworden! Den Ärmsten der Armen in unserem Land wurde die Lebensgrundlage entzogen und im Landtag wurde ein Antrag nicht zugelassen, mit dem gerechte Löhne für alle ArbeitnehmerInnen gefordert wurden“, zeigt sich die Sozialsprecherin der SPNÖ, LABg. Christa Vladyka betroffen: „Die ÖVP hat sich aber heute offenbar von ihren christlich-sozialen Wurzeln verabschiedet, denn mit Nächstenliebe hat es gar nichts zu tun, wenn man den Ärmsten noch das Mindeste nimmt.“

BMS-BezieherInnen werde unterstellt, dass sie nicht arbeiten wollen – was vor dem Hintergrund von Massenarbeitslosigkeit und Flaute im Wirtschaftswachstum an Zynismus nicht zu überbieten sei, erklärt Laimer. ÖVP und FPÖ kürzen zwar die Mindestsicherung und ein Antrag auf einen 1.700 Euro Brutto-Mindestlohn wurde nicht zugelassen, die ÖVP geht aber mit Plakaten hausieren, auf denen ‚Arbeit muss sich wieder lohnen‘ ganz groß drauf steht. „Offenbar ist es in der Dienstbotengesellschaft der ÖVP und FPÖ so, dass sich Arbeit nicht dann lohnt, weil sie fair bezahlt ist, sondern weil jemand anderer noch weniger Geld zum Überleben bekommt“, sagt Laimer: „Wir SozialdemokratInnen stehen zu einer spürbaren Differenz zwischen Erwerbseinkommen und Sozialleistung – denn Arbeit muss sich tatsächlich lohnen. Deswegen bleiben wir bei unserer Forderung für einen Mindestlohn von 1.700 Euro brutto in allen Kollektivverträgen – so viel muss uns die Arbeitskraft eines Menschen wert sein.“

Foto: SPNÖ

„EIN ZUVERLÄSSIGER  
**PARTNER**  
IST OFT  
**NÄHER ALS**  
MAN DENKT.“

SEIT 1824 NEHMEN WIR SORGEN AB.

[/wienersaetische](#)

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

**WIENER**  
**STÄDTISCHE**  
VIENNA INSURANCE GROUP





Gudrun Quirin, (33)

## Power-Mami mit 5 Kindern

Sie ist erst 33 Jahre jung und bereits Mutter von fünf Kindern im Alter von fünf bis 14 Jahren. Was für die meisten Menschen schon allein wie eine kaum zu schaffende Herausforderung klingt, ist ihr noch immer nicht genug. Seit Jänner 2015 sitzt Gudrun Quirin auch im Ortsparlament ihrer Heimatgemeinde Haringsee (GF) und hat dort gleich einmal jede Menge frischen Wind in die Reihen der GenossInnen gebracht. Und so nebenbei engagiert sie sich auch noch gegen Rechtsradikalismus.

Gudrun Quirin, ihr Mann Markus (43) und ihre gemeinsame Kinderschar wohnen im Hause ihrer Eltern, Judith und Bernhard Kranz (beide 61). Auch diese leben hier, im ersten Stock. Was bei der Organisation des Alltags der Großfamilie recht nützlich ist. Gelinde gesagt. „Ohne meine Eltern wäre vieles nicht möglich. Ihre Hilfe und Unterstützung mit den Kindern ist unglaublich. Dazu sind wir ihnen zu großem Dank verpflichtet“, ist sich Gudrun Quirin sehr bewusst.

Papa Bernhard Kranz ist Wiener Straßenbahner in Pension, die Mama ist ebenfalls im (Un-)Ruhestand - sie hatte ein EDV-Fachgeschäft in Wien. Zu ihrer Zeit, das einzige weit und breit, das von einer Frau geführt wurde. Das sagt schon einiges darüber, wie Gudrun aufgewachsen ist, nämlich in einem sehr politischen Elternhaus. Die Mutter hörte und hört noch heute viele Liedermacher. Schon als Kind durfte Gudrun sie zu einem Konstantin Wecker-Konzert begleiten. Quirin: „Politik war in der Familie stets ein Thema, aber nicht Parteipolitik.“ Der Gudrun wurde die Sozialdemokratie quasi über deren Werte vermittelt. „Mit Konstantin Wecker wurde ich groß gezogen. Mit zehn habe ich schon sein *Sage nein!* gesungen.“ Und Gudrun entwickelte

auch ihren eigenen Kopf: Die Handelsschule hat sie ein halbes Jahr vor dem Abschluss geschmissen und 17 Jahre lang mit verschiedenen Jobs in der Gastronomie, als Kellnerin, oder auch im Büro des EDV-Betriebes ihrer Mutter ihr Geld verdient. Zurzeit, die Kids sind endlich alle im Kindergarten oder in der Schule, ist sie wieder auf der Suche nach einem Bürojob.

Ihren Mann Markus - er stammt aus Hallein in Salzburg, ist gelernter Chemielaborant und arbeitet jetzt in der Qualitätssicherung der OMV - hat sie 2001 über den Sport kennen gelernt. „Wir sind eine Kegelfamilie.“ Markus Quirin ist im Kegelsport eine Größe. Deutsche Bun-

**Im Elternhaus gab es zwar keine Parteipolitik, aber jede Menge linker Werte.**

desliga, Championsleague-Sieger, Vizeweltmeister. Einen Tag vor Gudruns 18. Geburtstag war er zu einem Meisterschaftsspiel in Wien. Da hat es dann gefunkt. Nur drei Monate später übersiedelte Markus nach Haringsee.

2002 kam Markus jun., ihr erstes Kind, zur Welt. Gudrun Quirin: „Bei uns hat das gut gepasst. Ich wollte sowieso früh Kinder und auch der Markus wollte unbedingt vor 30 Vater werden.“ Die Hochzeit folgte 2003. Dass es so viele Kinder wurden, war durchaus geplant. „Ich liebe Kinder, wollte ursprünglich sogar Kindergärtnerin werden. Der Markus war da voll auf Linie, er hat sieben Geschwister.“ Die beiden haben nun selber fünf Stück: Markus jr. (14) geht mittlerweile auf die HTL in Wien, Florian (11), Melissa (9), Stefan (7) und Lukas (5). Finanziell kommen die Quirins ganz gut über die Runden. „Natürlich muss man auch gewisse Abstriche machen. Aber wir halten es so, dass das, wenn nötig, der Markus und ich machen, damit die Kinder auf nichts verzichten müssen.“ Urlaub ist allerdings ein Fremdwort. Gudrun war 2004 mit Freunden eine Woche in Griechenland, damals musste Markus arbeiten. Die letzte gemeinsame Reise war vor drei Jahren ein Wochenende in Berlin, zu einem Konzert der Ärzte - ohne die Kinder. Die ganze Familie zusammen war überhaupt noch nie weg. Aber die Kinder kommen natürlich schon raus, Schifahren mit den Taufpaten oder nach England mit der Schule. Gab es auch negative Reaktionen auf die Kinderschar? „Ja, viele. Das begann schon ab dem dritten Kind. Da hört man dann, dass es unverantwortlich sei, in die heutige Welt so viele Kinder zu setzen. Dass man es nicht verstehe, dass man das den Kindern antue, weil man ihnen ja nicht so viel bieten könne usw. Aber das verletzt mich nicht wirklich. Das, was andere so reden, war mir schon egal, als ich selber noch klein war.“

Derzeit ist es zum ersten Mal seit 14 Jahren so, dass

am Vormittag kein Kind zuhause ist. Die fünffache Mutter lächelnd: „Ich genieße das, obwohl diese Zeit natürlich meist mit Putzen ausgefüllt ist.“ In der Familie herrscht ein klarer Zeitplan. Vor allem in der Früh und am Abend. Gudrun Quirin: „Ich stehe um 5:45 Uhr auf und bis acht müssen alle Kinder aus dem Haus sein. Der Markus hat Gleitzeit, der verlässt normalerweise das Haus schon um 5.30 Uhr und kommt meist so gegen 15, 16 Uhr wieder nach Hause. Ab 12 Uhr kommen zuerst die Kleinen retour, die anderen dann um 13, 14 Uhr und der Große am Abend, der hat drei Tage in der Woche lang.“

Ihr politisches Schlüsselerlebnis hatte Gudrun Quirin im zarten Alter von 15. Als Wolfgang Schüssel, trotz Platz 3 bei der NR-Wahl, blauschwarzer Kanzler wurde. „Das hat mich fürchterlich aufgeregt.“ Als Facebook kam, wurde sie dort sehr aktiv, vor allem gegen die vielen Rechtsradikalen, die dort ihr Unwesen treiben. Dabei war sie so erfolgreich, dass ihr sogar ein Eintrag im rechtsradikalen „Allbuch“ (ehemaliges Metapedia), wo die Rechtsradikalen auf besondere Feinde ihrer Gesinnung aufmerksam machen, gewidmet wurde. Sie empfindet das als „Auszeichnung“. - Es hat bis 2014 gedauert, bis die Parteipolitik auf Gudrun aufmerksam wurde. Robert Taibl, AK-Bezirksstellenleiter und SPÖ-Fraktionschef in Haringsee holte sie als Unabhängige auf die SPÖ-

**Die Neue im Gemeinderat sorgte gleich einmal für viele neue Aktivitäten.**

Kandidatenliste für die GRW 2015. Auf Platz 6, dem Kampfmantel. Beim Urnengang konnte die SPÖ ihre fünf Mandate halten, Gudrun Quirin schaffte auf Anhieb die zweitmeisten roten Vorzugsstimmen. Worauf der auf Platz fünf gereichte Kandidat freiwillig auf sein Mandat verzichtet, ihr den Einzug in den Gemeinderat ebnete. Dort hat sie gleich jede Menge frischen Wind mitgebracht. Auf ihre Initiative hin wurden eingeschlafene Aktivitäten wiederbelebt: Valentinsaktion, Osteraktion, Punschstände im Advent. Heuer im Sommer hat die SPÖ erstmals einen Kirtag veranstaltet. Und die Fraktionszeitung „Haringsee News“ erscheint auch wieder - geschrieben von Quirin und Taibl. Im Frühjahr 2016 ist Gudrun schließlich der SPÖ beigetreten. Ohne Druck von außen. Und die Frauenakademie hat sie mittlerweile mit großer Begeisterung auch absolviert. Seit Februar ist sie im Bezirksparteivorstand. Im Februar 2017 kandidiert sie für den Posten der Vorsitzendenstellvertreterin bei den Bezirksfrauen.



Gudrun Quirin (ganz oben) und im Kreis der „Kurtiologen“ (oben, in der Mitte am Tisch) mit Willi Resetarits. Gudrun Quirin liebt Dialektmusik und ist etablierter Ostbahnkurti-Fan. Sie wird zu jeder Generalprobe exklusiv eingeladen.

Fotos: SPÖ-GVV-NÖ/helm, privat



# Betreutes Wohnen in Ternitz

Ein erfolgreiches Projekt wird erweitert! Es sind noch Wohnungen frei.



Geförderte Mietwohnungen in Ternitz, Kreuzäckergasse 9 B, Bezirk Neunkirchen.

Wenn es eine Wohnhausanlage schafft, eine wunderbare Symbiose für Jung und Alt zu schaffen, wird es Zeit für eine Erweiterung. Das Projekt „Betreutes Wohnen“ der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft „Arthur Krupp“ Ges.m.b.H., das in der Kreuzäckergasse 9 B, in Ternitz, errichtet wird, umfasst 2 Bauteile und ist ganz speziell auf die Bedürfnisse älterer oder betreuungsbedürftiger Menschen abgestimmt. Gleichzeitig findet die ganze Familie eine ideale Verkehrsanbindung für regelmäßige Besuche. Die Lage bietet eine ausgewogene Balance zwischen Ruhe, Erholung und Privatsphäre, andererseits sind Geschäfte, Schulen, Kindergärten und Behörden in unmittelbarer Nähe. Egal, ob Sie rasch einen Einkauf zu erledigen, einen Amtsweg vor sich haben oder einen Arzt benötigen: Alles befindet sich im nahen Umfeld.

Komfort ist unsere Priorität: Deshalb sorgen die Ziegelbauweise und die biogene Fernwärme für ein angenehmes Raumklima und wohlige Wärme bei umweltfreundlicher Energieversorgung. Durch den Einbau wassersparender Armaturen und Spülkästen kann der Wasserverbrauch reduziert werden.

Wenn es wirklich schnell gehen muss, sind wir bestens vorbereitet.

Zu den zahlreichen nützlichen Ausstattungsdetails zählen deshalb eine Armbandnotrufsender-Grundausstattung sowie die im 1. Bauteil befindliche Arztpraxis. So können Sie sich rund um die Uhr sicher fühlen.

## EINIGE WICHTIGE FAKTEN:

Anzahl der Wohnungen: 20  
Wohnungsgrößen: 2-Zimmer-Wohnungen von ca. 54 bis 65 m<sup>2</sup>

## ZUR AUSSTATTUNG:

- Terrassen (bei den Erdgeschoßwohnungen)
- Balkone (bis zu 9 m<sup>2</sup>)
- 22 Autoabstellplätze im Freien
- SAT-Antennenanschluss (in allen Wohnungen)
- biogene Fernwärme
- Niedrigenergiestandard (Energiekennzahl: 15,5 kWh/m<sup>2</sup> a)
- kontrollierte Wohnraumlüftung
- Mauerwerk großteils aus keramischen Ziegeln
- Vollwärmeschutzfassade
- Abstellraum (im Erdgeschoß)
- Fahrradabstellraum (im Erdgeschoß)
- Einlagerungsabteile (im Keller)
- Trockenraum (im Keller)
- Aufzug
- Aufenthaltsraum (im Erdgeschoß)

- Ärztin für Allgemeinmedizin (im Erdgeschoß des 1. Bauteils)
- Betreuerraum in Erdgeschoß (nur bei Bedarf besetzt)
- barrierefreie Bauweise
- Betreuungsgrundpaket der Senecura
- Müllplatz im Freien

## FINANZIERUNG – WAS IHRE NEUE WOHNUNG KOSTET:

Unter optimaler Ausnutzung der Niederösterreichischen Wohnbauförderung fällt für die 2-Zimmer-Wohnungen in der Größe von ca. 54 - 65 m<sup>2</sup> ein Baukostenbeitrag (Baukostenbeitrag) von ca. EUR 9.732,- und 13.070,- an.

Die monatliche Miete dieser Wohnungen beläuft sich (inklusive Betriebskosten, Heizkosten- und Warmwasserakonto sowie Steuern) auf rund EUR 454,- bis 602,-.

## FERTIGSTELLUNG:

Herbst/Winter 2017

## AUSKÜNFTE UND INFORMATIONEN:

Kundenberatung der  
GEWOG „Arthur Krupp“ Ges.m.b.H.

Frau Petra Zwölfer  
Tel.: 02672 82 340 - 20 15  
Fax: 02672 85 404  
E-Mail: p.zwoelfer@wiensued.at

WERBUNG

# RiSKommunal-Gemeinden kooperieren mit Veranstaltungskalender der Niederösterreich-Werbung

Der Veranstaltungskalender der Niederösterreich-Werbung wurde um die Schnittstelle zu mehr als 340 Gemeinden, die RiSKommunal als Website einsetzen, erweitert.

Mit dieser Erweiterung der Veranstaltungsdaten der RiSKommunal-Gemeinden, ermöglichen wir BürgerInnen aber auch Urlaubs- und Ausflugs Gästen ein noch umfangreicheres Informationsangebot traditioneller Feste und geöffneter Heurigen in Niederösterreich – ein sinnvolles und gelungenes Projekt mit RiSKommunal“, bestätigt Tourismuslandesrätin Dr.in Petra Bohuslav.

Mit Ende Oktober wurde der Veranstaltungskalender um zusätzliche Veranstaltungen ergänzt. Diese Informationen stehen über die Gemeinde-APP GEM2GO, über die Veranstaltungsdatenbank <http://veranstaltungen.niederösterreich.at/> oder über die Gemeindeseite <http://www.noeportal.at/> zur Verfügung.

„Das von der gemdat NÖ servierte CMS RiSKommunal dient hier als Schnittstelle zwischen den rund 340 Gemeinden und der Veranstaltungsdatenbank der Niederösterreich-Werbung. Damit verfügt die Gemeinde über ein Instrument, das die touristische Vermarktung

lokaler Events wie Feste, Konzerte, Ausstellungen, Sportveranstaltungen, etc. ohne Zusatzaufwand effektiv unterstützt. Eine gelungene Synergie, die für den Tourismus, als auch für die Bürger ihren Nutzen mitbringt“, so Franz Mandl, Geschäftsführer gemdat NÖ.



## Informationen

gemdat NÖ  
Tel. 02262/690  
[www.gemdatnoe.at](http://www.gemdatnoe.at)



WERBUNG





Vize-Bgm. Martin Reifecker (43) ist Stadtparteichef und SPÖ-Spitzenkandidat in Personalunion. Er arbeitet als Techniker im Ybbser Neuro-Rehab-Zentrum der BVA.

Waidhofen an der Ybbs

## Sprechende Kanal-Deckel und mehr...

Völlig überraschend hat die ÖVP in Waidhofen/Ybbs die GRW auf den 29. Jänner 2017 vorverlegt. Derzeit steht es in der Statutarstadt so: ÖVP: 20 Mandate, SPÖ: 10, UWG (Unabhängige Wahlgemeinschaft): 6, FUFU (Farblose Unabhängige Formierte Uniformierte): 2, GAL (Grüne Alternative): 1, FPÖ: 1. SPÖ-Chef Martin Reifecker nun will die knappe VP-Absolute unbedingt knacken.

**Die Stadt wählt schon am 29. Jänner 2017. War der Termin mit der SPÖ abgesprochen?** Reifecker: „Nein! Wir haben erst einen Tag vor der offiziellen öffentlichen Bekanntgabe des Termins davon erfahren. Dazu waren wir zu einem außerordentlichen interfraktionellen Gespräch eingeladen worden und dort hat der Bürgermeister mitgeteilt, dass er die Wahl auf den 29. Jänner vorziehen wird. Dort haben dann alle anderen Fraktionen außer der ÖVP erklärt, dass sie damit nicht einverstanden sind, was aber von der ÖVP ignoriert wurde.“

Nach der Sitzung haben sich die so überrumpelten Fraktionsvertreter zur Nachbesprechung in ein Kaffeehaus zurückgezogen. Dort wartete bereits ein Journalist, der erste Stellungnahmen zur Wahlvorverlegung einholen wollte. Das heißt: Die Presse war schon informiert, obwohl in der Sitzung kurz zuvor noch Stillschweigen vereinbart worden war! Das hat der Bürgermeister aber missachtet und wir befanden uns sozusagen von einem Moment auf den an-

deren im Wahlkampf. Und die entsprechende Sitzung des Stadtsenats, der in diesem Fall das beschließende Gremium ist, war überhaupt erst 14 Tage später. Eigentlich macht ja unser Bürgermeister schon Wahlkampf, seit er im November 2014 das Amt übernommen hat. Er hat jedes Monat einen professionellen Wahlkampfberater im Haus, der ihn instruiert, was er sagen und machen soll, damit er gut ankommt.“

**Die ÖVP-Mehrheit ist ja in Regierungskoalition mit der UWG. Der SPÖ stehen laut Wahlergebnis drei Stadträte zu. Wie funktioniert das im Gemeinderat?** Reifecker: „Wir sind bemüht, mit allen gut zusammenzuarbeiten. Und wir machen sicher keine Frontalopposition. Wir schauen halt, dass wir so viel wie möglich in unserem Sinne weiterbringen. In der Praxis deckt sich das in manchen Bereichen mit dem, was der Bürgermeister will, in anderen Bereichen gar nicht.“

**Bekommt die SPÖ die Informationen, die sie braucht?** Reifecker: „In der Regel nur auf eindringliche

Nachfrage. Es gibt zwar immer wieder vor dem Stadtsenat interfraktionelle Gespräche, wo uns der Bürgermeister grundlegend über irgendwelche Themen, die ihn gerade beschäftigen, informiert, aber das alles läuft für uns alles andere als zufriedenstellend.“

**Kommt die SPÖ mit eigenen Anträgen durch?** Reifecker: „Selten. In der Regel ist es so, dass wir, wenn wir eine gute Idee haben, diese mit dem Bürgermeister besprechen. Dann bekommen wir ein *Nein* zu hören und ein paar Monate später ist es dann seine eigene Idee...“

**Und wie läuft die Zusammenarbeit mit den anderen Minderheitsfraktionen?** Reifecker: „Es gibt immer wieder mal einen gemeinsamen Antrag. Aber meistens schafft der es nicht einmal auf die Tagesordnung. Das wird von ÖVP und UWG verhindert. Die meisten Überschneidungen haben wir sicherlich mit den Grünen und FUFU.“

**2012 erreichte die Liste FUFU mit ihrem Phantasieuniformen tragenden Chef große Medienaufmerksam-**



Die SPÖ-Fraktion Waidhofen an der Ybbs (v.l.): sitzend: GRin Waltraud Wirrer, GR Peter Kimeswenger, GRin Elfriede Kimeswenger; stehend: GR Fritz Hofer, GR Kurt Freunthaler, GR Mag. Erich Leonhartsberger, Vizebgm. Martin Reifecker, StR DI Alfred Beyer, StR Martin Rosenecker, GR Jürgen Sonneck.

**keit und auf Anhieb zwei Mandate. Ist mit denen wieder zu rechnen?** Reifecker: „Fakt ist, dass der FUFU-Gründer Dowalil sehr engagiert ist, aber er steht halt ziemlich alleine da. Sein zweites Mandat musste er mit seiner Frau besetzen, weil kein anderer von seiner Liste in den Gemeinderat gehen wollte. Objektiv muss ich sagen, dass es wohl nur wenige Gemeinderäte gibt, die sich so engagieren. Auf der anderen Seite hat er es durch sein kasperlhaftiges Auftreten bei vielen Leuten recht schwer, ernst genommen zu werden. Dem Vernehmen nach, will er auf jeden Fall wieder antreten.“

**Wie wichtig ist die Öffentlichkeitsarbeit und was passiert hier?** Reifecker: „Wir wissen ganz genau, wie wichtig Öffentlichkeitsarbeit ist. In Sachen Facebook und Homepage sind wir sogar die Stärksten in der Stadt. Unsere Zeitung, die drei bis viermal im Jahr erscheint, hat gerade eine Namensänderung erfahren. Statt *Red News* heißt sie nun *Hallo Waidhofen* und sie wird jetzt vor der Wahl monatlich erscheinen. Ich

kümmere mich auch um die Pressekontakte. Mit *NÖN* und *Tipps* funktioniert das sehr gut. Bei den *Bezirksblättern* was unterzubringen ist schwieriger. Unser stärkstes Regionalblatt ist der *Ybbstaler*, der ehemalige *Bote von der Ybbs*. Bei den Tageszeitungen habe ich zum *Kurier* und zu den *Oberösterreichischen Nachrichten* einen guten Draht.“

Wenn es heiße Themen gibt, machen wir auch während der Periode mal Plakataktionen. Sogar Aktionismus setzen wir gerne ein. Wir hatten schon einen sprechenden Kanaldeckel und wir haben auch mal einen Bettler vor die Gemeinde gesetzt, der für Geld gespielt hat – um auf die Pleite der Gemeinde aufmerksam zu machen. Das kann man sich heute noch alles auf Youtube ansehen. Auch für den aktuellen Wahlkampf sind Aktionen zu erwarten. Was, verrate ich noch nicht.“

**Events im Jahresverlauf?** Reifecker: „Wir organisieren einen Kinderfasching, der jedes Jahr größer wird, machen Aktionen zu Valentin und Ostern, zum Muttertag laden wird

die Mütter ins Kino und dann zur Jause und wir machen einen Sommernachtsball – wenn es ihn nicht verregnet, denn der ist im Freien. Wir haben jedes Jahr unsere sehr beliebte Nikolaus-Aktion.“

**Wie schwierig ist es, neue MitstreiterInnen zu finden?** Reifecker: „Sehr. In dieser ÖVP-dominierten Stadt trauen sich viele schlicht nicht, offiziell bei uns mitzumachen. Dazu kommt noch eine allgemeine Politikverdrossenheit, die immer mehr um sich greift. Aus diesen Gründen haben wir uns heuer entschieden als *SPÖ und Unabhängige* in den Wahlkampf“ zu gehen. Bei uns geht es um 100 Prozent *Waidhofen* – nicht um Parteipolitik. Wir wollen Regionalpolitik machen und alle Waidhofener dazu einladen. Dazu muss man nicht unbedingt Parteimitglied werden.“

**Ziele für GRW 2017?** Reifecker: „Wir werden unser Team sicherlich verjüngen und verweiblichen, 50 Prozent Frauen sind angestrebt. Und, ganz klar: Die ÖVP-Absolute muss weg!“



## Gewalt an Frauen geht uns alle an

Frauen scheuen sich oft Hilfe zu rufen, wenn sie von Gewalt betroffen sind - speziell dann, wenn der Täter aus dem nahen Umfeld kommt. Wir wollen die Hilfseinrichtungen in Österreich besser bekannt machen und Frauen Mut machen, den Weg aus dieser belastenden Situation zu finden.

So ist neben der Polizei (Notruf: 133) auch die Frauenhelpline 0800 222 555 rund um die Uhr erreichbar. Gewaltschutzzentren und Frauenhäuser bieten darüber hinaus Schutz. Einen raschen Kontakt zu Hilfseinrichtungen bietet die fem:HELP-App, die auf der Seite des Frauenministeriums unter [www.bmgf.gv.at/home/fem-Help\\_App](http://www.bmgf.gv.at/home/fem-Help_App) heruntergeladen und

direkt aufs Handy gespeichert werden kann.

Gewalt an Frauen hat viele Formen. Strukturell haben Frauen mit vielen Diskriminierungen zu kämpfen – eine, die Existenz wesentlich betreffende, ist das ungleiche Einkommen. Eine ausreichende Mindestsicherung ist somit eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Frauen mit geringem Einkommen mit ihren Kindern aus einer Gewaltbeziehung flüchten und sich ein unabhängiges Leben frei von Gewalt aufbauen können.

Der Weg der ÖVP Niederösterreich, die Mindestsicherung in Niederösterreich zu kürzen, trifft damit die Ärmsten. Die Deckelung von 1.500 Euro ist somit für Frauen in unserem Heimatland zu

einer noch größeren Hürde geworden, sich aus einer Gewaltbeziehung befreien zu können, denn die Sorgen um ihre Existenz werden damit noch größer und noch schwieriger zu überwinden sein.

Zum Abschluss ein Wort von Erich Fried: *Die Gewalt fängt nicht an, wenn einer einen anderen würgt. Sie fängt an, wenn einer sagt, „Ich liebe dich. Du gehörst mir.“*



von Anni Mitterlehner, Landesfrauengeschäftsführerin der SPÖ Niederösterreich.

**mm3** möbel von matthias madler

**Matthias Madler, Tischlermeister**

Sandgasse 3, 2630 Ternitz, Telefon (02630) 30 715, [www.mm3.at](http://www.mm3.at)

**Ihr Innenausbau-Profi für Planung, Montage, Sanierung und Renovierung**

Fotos: Jäger

# ZWILLINGE!

[www.soul-twins.at](http://www.soul-twins.at)

Verbündete für Politik, Kommunikation & alles, was Spaß macht.

Jetzt entdecken!



Rainer Friedl  
fotografiert und  
konzipiert



Pamela Schmatz  
bloggt und  
berät

Soul Twins ist ein Projekt von [www.friedlundpartner.at](http://www.friedlundpartner.at)

**Klenk & Meder**  
ELEKTROTECHNIK

Für Geschäfts- und Privatkunden

**ELEKTROTECHNIK VOM PROFI**  
Elektroinstallation, Sicherheitstechnik, Störungsdienst und Elektromaterialverkauf

facebook.com/klenkmeder

Klenk & Meder GmbH  
Hofgasse 13  
A-3100 St. Pölten

Tel +43 2742 898-0  
office@klem.at  
www.klenk.at

Foto: [www.fotoplutsch.at](http://www.fotoplutsch.at)

## Hermann Kühtreiber: 25 Jahre Bürgermeister!

Am 9. Oktober feierte Ing. Hermann Kühtreiber sein 25-jähriges Bürgermeister-Jubiläum. Dies nahmen die Belegschaft der Marktgemeinde Zwentendorf, der Gemeinderat, einige Wegbegleiter und seine Familie zum Anlass, eine Überraschungsfeier auszurichten - mit Transparenten, Trillerpfeifen, Torte, Weißwürsten und (perfektem) Bieranstich (Bild). Vizebgm. Johann Horst Scheed und Amtsleiterin Marion Török (Bild) würdigten die vielen Projekte, die Kühtreibers Handschrift aufwiesen, getreu seinem Motto: *Der Mensch im Mittelpunkt!* - Und auch GVV-Präsident Rupert Dworak gratulierte recht herzlich: „Der Hermann Kühtreiber ist ein Bürgermeister, wie man sich ihn sonst nur wünschen kann. Für ein Vierteljahrhundert hervorragender Arbeit für seine GemeindebürgerInnen gebührt ihm ein großes Danke.“







Hans Hager, SPÖ-Chef in Wilfersdorf, gibt den Volkshilfe-Weihnachtsmann.

## Dieser Santa ist ein echter Roter

Am Satzergraben, ein Ortsteil mit vielen Jungfamilien in Wilfersdorf, Bezirk Mistelbach, kommen seit vergangenem Jahr das Christkind und der Weihnachtsmann (heuer am 18. Dezember ab 15 Uhr). Dazu gibt es Kinderpunsch, Glühwein, Punsch und Aufstrichbrötchen. Das Event organisiert die Volkshilfe und den Weihnachtsmann gibt SPÖ-GGR Johann Hager, der auch die örtliche Volkshilfegruppe ins Leben gerufen hat. Hager: „Wir bekommen von den Eltern Briefe, worin steht, wie die Kinder heißen und wie alt sie sind. Mit dem erwirtschafteten Geld, letztes Jahr waren es 800 Euro, konnten bis jetzt sechs bedürftige Familien unterstützt werden.“



Melanie (6. von links) und andere Jugendliche aus Scheibbs mit gesammelten Spenden für Triskirchen.

## Die Jungen & das Ehrenamt

Ehrenamtliches Engagement hat unter Jugendlichen Tradition. Ob bei Feuerwehr, der Rettung oder in Vereinen – junge Menschen packen gerne, oft und ordentlich mit an. Besonders seit dem letzten Sommer engagieren sich viele Junge auch in der Flüchtlingshilfe. Sie geben Deutschkurse, helfen bei Bürokratischem und sammeln Spenden. Sind einfach da, wo sie gebraucht werden.

Melanie ist 21. Gemeinsam mit FreundInnen und der SJ Scheibbs hat sie einen Spendenaufruf getätigt. Zig Menschen sind ihm gefolgt, haben Kleidung, Schuhe, Decken vorbeigebracht. Nach stundenlangem Sortierarbeit ist ein Ford Transit voll beladen, es kann losgehen. Das Ziel: das Erstaufnahmезentrum Triskirchen.

Für viele Jugendliche ist ehrenamtliches Engagement ein politisierendes Moment. Teils in Vereinen, teils selbstständig organisiert, werden dabei oft die Grundwerte der Sozialdemokratie gelebt: Solidarität, Gerechtigkeit, Gleichheit.

Dennoch gelingt es der SPÖ nicht immer, diese jungen Menschen abzuholen. Wo kann hier angesetzt werden? „Am besten auf kommunaler Ebene“, findet Melanie. „Oft gibt es keine Strukturen, die junge Menschen bei ehrenamtlichem Engagement unterstützen. Hier kann die SPÖ mit organisato-

rischem Know-how zur Seite stehen.“ Auch bestehende Strukturen freuen sich oft über eine Zusammenarbeit mit oder Hilfestellungen von lokalen Parteiorganisationen. „Junge Menschen erreicht man heutzutage anders als früher. Aber dabei ist es falsch, davon auszugehen, dass das nur durch soziale Medien möglich ist“, sagt Melanie. Gerade engagierte Jugendliche ließen sich am besten in ihren Lebensrealitäten abholen.

Ehrenamtliches Engagement ist ein politisches Thema. Dass es so viele Jugendliche betrifft, ist ein schlagkräftiges Argument gegen das Märchen von der politisch nicht interessierten Jugend. Politisches Engagement mag heute anders ausschauen als noch vor wenigen Jahren, aber es ist deshalb nicht weniger geworden. Und obwohl wir einen gesellschaftlichen Rechtsruck erleben, der auch vor Jugendlichen nicht Halt machen, gibt es viele, die unsere Grundwer-

te teilen – und noch abgeholt werden müssen. Von den roten Jugendorganisationen, aber auch von der SPÖ selbst.

Den Ehrenamtlichen und ihren berechtigten Anliegen Anerkennung, Hilfestellungen und eine Stimme zu geben, ist eine wichtige Aufgabe der Sozialdemokratie. Laden wir die engagierten Jugendlichen ein, ein Stück des Weges mit uns zu gehen!

This page is powered by:



WOHNRAUM. LEBENSRAUM. **gebös**

## SOFORTIGES EIGENTUM

Fotos: © Wohnfree

**Gediegene Dachgeschosswohnungen**

1150 Wien, Schuselkagasse 10 / Pilgeringasse 25  
 1150 Wien, Witzelsberggasse 12

- Nutzflächen: 99 - 105 m² + 132 m²
- Dachterrasse

**WOHNUNGSBERATUNG UND VERKAUF**  
**Gebös Baugenossenschaft**  
 T 02253/58 0 85  
 E [geboes@geboes.at](mailto:geboes@geboes.at)  
 I [www.geboes.at](http://www.geboes.at)

**PROVISIONS-FREI!**  
**DIREKT VOM BAUTRÄGER!**

Die Wohnungen werden unmöbliert zum Kauf angeboten.

Foto: privat

Foto: JG/SJ-NÖ



Die Gemeinsamkeiten der EBSG, SÜDRAUM und STADTRAND SÜD lassen sich in einem Satz auf den Punkt bringen: **Wir bauen für Generationen.**

Wir bemühen uns bei allen unseren Projekten, ortsansässige Unternehmen miteinzubeziehen.

**Wir bauen für Sie!** Zum Beispiel Ihre erste eigene Wohnung. Das schicke Reihenhäuser für Ihre wachsende Familie. Oder eine barrierefreie Wohnung mit Betreuungsmöglichkeit für Senioren.

**Wir schaffen leistbares Wohnen mit Wohlfühlfaktor.**

# top wohnungen & reihenhäuser!



wr. neustadt > geförderte wohnungen mit topausstattung



wöllersdorf > vitales wohnen für senioren



kittsee > architektenreihenhausanlage



## Ausstattung tipptopp!

Bei der neuen Wohnungsanlage an der Osteinfahrt von Wiener Neustadt wurde besonderer Wert auf die Ausstattung gelegt. Großzügige Spiel- und Grünflächen sowie zahlreiche PKW-Abstellplätze spiegeln das auch im Außenbereich wider.



## An alles gedacht.

Die Generation 65+ ist rüstiger denn je. Das erfordert auch ein Umdenken im bedarfsgerechten Wohnbau. Die Wohnanlage in Wöllersdorf erfüllt in puncto Barrierefreiheit, Sicherheit, Betreuung und Pflege alle Erwartungen.



## Naturnahes Wohnerlebnis.

Die in 4 Bauteilen errichteten Wohneinheiten zeichnen sich durch Massivbauweise mit Kellergeschoss, Erdgeschoss und Obergeschoss aus. Inkludiert ist auch ein Carport mit jeweils 2 PKW-Stellplätzen.

## EBSG die Pötschinger

Erste burgenländische gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung | Amtsgebäude 1, 7033 Pötsching  
t 0043 2631 2205 0 | e office@ebsg.at | i www.ebsg.at

## SÜDRAUM

Gemeinnützige Wohnbaugesellschaft mbH | Linsbergerstraße 1/1/3, 2822 Bad Erlach  
t 0043 2627 46 188 | e suedraum@ebsg.at | i www.ebsg.at

## STADTRAND SÜD

Gemeinnützige Bau- u. Wohnungsgenossenschaft registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung | Baslergasse 86, 1232 Wien  
t 0043 1 333 10 21 | e stadtrandsued@ebsg.at | i www.ebsg.at

Unternehmensgruppe EBSG

EBSG

SÜD  
RAUM

STADT  
RAND  
SÜD

www.ebsg.at





Bürgermeister Rainer Handlfinger (6.v.r.) konnte sich Anfang Oktober den Climate Star im Schloss Grafenegg abholen.

## Climate Star für Ober-Grafendorf

Das Projekt „Ökostraße“ war dem Klimabündnis Europa Auszeichnung wert.

Bereits zum siebenten Mal hat das Klimabündnis Europa die besten Klimaschutzprojekte von Gemeinden und kommunalen Netzwerken aus ganz Europa ausgezeichnet. Insgesamt wurden heuer im Herbst im Schloss Grafenegg in 4 Kategorien 15 Projekte aus 7 Ländern vor den Vorhang geholt. Darunter auch die „Ökostraße“ der Marktgemeinde Ober-Grafendorf (Bezirk St. Pölten).

Diese spezielle Straße verbessert das Mikroklima, spart Regenwasser, entlastet die Kläranlage, hilft bei Hochwässern - und spart der Gemeinde Geld. Dafür gab es in der Kategorie bis 10.000 EinwohnerInnen den begehrten Climate Star.

Die Ober-Grafendorfer Ökostraße, auch als „DrainGarden“ bezeichnet, wurde 2015 eingerichtet. Der Testbereich verläuft auf einer Länge von 100 Metern entlang einer Siedlungsstraße. In diesem Forschungsprojekt wird in Zusammenarbeit mit der Universität für Bodenkultur Wien eine neue Technologie zur dezentralen Regenwasserbewirtschaftung entwickelt. Stark wasserdurchlässige aber gleichzeitig hoch speicherfähige Spezialsubstrate wurden aufgebracht und mit drei Pflanzensortimenten kombiniert.

Untersucht wird die Wasserdurchlässigkeit, Speicherkapazität und die Wirkung auf das Mikroklima.

In jedem Kubikmeter DrainGarden werden bis zu 500 Liter Wasser gespeichert und über die Pflanzen verdunstet. Das entspricht der Kühlleistung einer hundertjährigen Buche an einem heißen Sommertag.

Der gleich vierfache Vorteil für Gemeinden: Ein besseres Mikroklima, weniger Gießen von Grünflächen in den Sommermonaten, weniger Regenwasser in der Kläranlage und Hochwasserschutz. Positiver Nebeneffekt: das Budget wird entlastet. Die Substrate werden zudem so entwickelt, dass sie zukünftig aus regionalen Materialien in ganz Österreich hergestellt werden können.



Fotos: Gemeinde Ober-Grafendorf

Bild links: Bgm. Rainer Handlfinger vor der erklärenden Schautafel. Bild rechts: Die Ökostraße in ihrer vollen Pracht.

## Neue Web-Plattform gibt schnellen Überblick über Betriebsstandorte in Niederösterreich

ecoplus, die Wirtschaftsagentur des Landes Niederösterreich, hat für Betriebe, die einen Standort in Niederösterreich suchen, ein neues Unterstützungsangebot.

Pro Jahr bearbeitet das ecoplus Investorenservice rund 200 Anfragen von Betrieben, die auf der Suche nach einem neuen Betriebsstandort oder nach Fördermöglichkeiten sind. Mit der neuen Web-Plattform [www.standort-noe.at](http://www.standort-noe.at) bietet ecoplus diesen Betrieben ab sofort ein innovatives und modernes Servicetool und ist damit auch Vorreiter unter den österreichischen Wirtschaftsagenturen.



### 950 Ansiedlungsprojekte, 18.400 neue Arbeitsplätze

In den vergangenen zehn Jahren wurden durch das ecoplus Investorenservice rund 950 Ansiedlungs- bzw. Erweiterungsprojekte erfolgreich begleitet. Dank dieser Projekte konnten in Niederösterreich mehr als 18.400 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden. Die Nachfrage nach dem Wirtschaftsstandort Niederösterreich ist trotz zunehmendem Standort-Wettbewerb hoch: Aktuell sind mehr als 360 Projekte in Bearbeitung. Die Expertinnen und Experten von ecoplus beraten und begleiten selbstverständlich auch weiterhin persönlich ansiedlungswillige Unternehmen in ganz Niederösterreich vom Erstkontakt bis zur Schlüsselübergabe.

Das Team des Unternehmensbereichs „Standort & Service“ führt individuelle Recherchen für Betriebe durch, hilft bei der Kontaktvermittlung sowie bei der Standortsuche und ist auch ein optimaler Berater im Förderprozess.





## Stadler: „2030 ist die Sozialdemokratie die stärkste Kraft in Niederösterreich!“

Landesparteivorsitzender Bgm. Mag. Matthias Stadler spricht im großen KI-Interview über die größte Struktur-Reform der SPNÖ in der Zweiten Republik und ihre rasche Umsetzung, über die Verwirklichung seiner Vision von einem niederösterreichischen „Haus der Sozialdemokratie“ und darüber, wie er die niederösterreichische Sozialdemokratie im Jahre 2030 sieht.



### Warum hat man sich denn zu einer tiefgreifenden Reform der Parteistruktur entschlossen?

Welt und Gesellschaft verändern sich. Alles, was bisher fixer Bestandteil des Lebens war, kommt - diesen Eindruck haben die Menschen und das macht vielen auch Angst - in Bewegung. Deshalb ist es auch notwendig, auf diese neuen Entwicklungen zu reagieren. Die SPÖ soll eine Partei sein, die modern und sozial ist, aber natürlich auch bei den Menschen bleibt.

So ist es nur eine logische Schlussfolgerung gewesen, dass man sagt: Wenn sich alles ändert, muss man auch mit der Parteistruktur was machen. Unsere 23 Bezirksorganisationen, wo es in Niederösterreich doch nur mehr 20 Bezirke gibt, waren in der letzten Zeit immer mehr Thema von Diskussionen. Wir wollen für die kommende Zeit einfach besser aufgestellt sein, noch professioneller werden. Man muss die Kräfte bündeln und die neue Struktur, die sich an den Wahlkreisen orientiert, wird hier eine klare Weichenstellung sein.

### Wann hat sich dieser Wille zur Veränderung bei Ihnen selbst im Kopf manifestiert?

Der Gedanke war von Anfang an da, als ich die Landespartei übernommen habe. Eigentlich war ich

sogar schon davor einer, der der Meinung war, dass man mit diesen alten Strukturen nicht ins 21. Jahrhundert gehen kann.

### Konkret heißt die Zukunft nun also: Weg von den BOs, hin zu Regionalbüros. Wie viele wird es ge-

### ben und in welchen Städten werden sie angesiedelt sein?

Insgesamt wird es sieben Regionalbüros geben: Waldviertel, Weinviertel, Zentralraum, Mostviertel, Industrieviertel Nord, Industrieviertel Süd und der neue Wahlkreis

Gänserndorf/Bruck. Eine Region umfasst zwei politische Bezirke. In welchen Städten dann konkret die Büros angesiedelt werden, haben wir bewusst den einzelnen Regionen überlassen. Aber ich weiß, dass bei einigen die Diskussion

schon weit gediehen, oder die Entscheidung gefallen ist. Im Mostviertel soll das Regionalbüro in Amstetten sein, im Zentralraum hat man sich auf St. Pölten verständigt. Im Weinviertel geht die Tendenz Richtung Stockerau, im Industrieviertel Nord wird wahrscheinlich Mödling das Rennen machen, Gänserndorf/Bruck muss sich noch verständigen und im In-

### „Wegkommen von Büros als reine Verwaltungseinheit!“

dustrieviertel Süd deutet alles auf Wr. Neustadt hin. Die schwierigste Frage ist sicherlich das Waldviertel.

Aber aus meiner Sicht kommt es bei den Regionalbüros gar nicht so sehr auf den Standort an, weil die Mehrzahl der MitarbeiterInnen ohnehin nicht im Büro sitzen wird, - Stichwort neue, moderne Arbeitsweisen - sondern draußen unterwegs sein soll. Es braucht natürlich noch immer so etwas wie eine Anlaufstelle, aber wir haben alle Mobiltelefone und E-Mail und sind praktisch immer und überall erreichbar, egal wo wir gerade sind. Das ist ein wesentlicher Bestandteil der neuen Struktur. Wir wollen ja wegkommen von Büros, die reine Verwaltungseinheiten sind.

Außerdem: Die Regionalbüros

sind das eine, aber auf der anderen Seite wird es auch einige neue REDpoint-Büros geben.

### Sozusagen als Trostpflaster für diejenigen, die bei den Regionalbüros leer ausgegangen sind...

Ja, könnte man so sagen. Zum Beispiel das Industrieviertel Süd: Wenn das Regionalbüro in Wr. Neustadt ist, dann wird man einen REDpoint im Bezirk Neunkirchen haben wollen. Im Zentralraum denke ich, dass man im Bezirk Lilienfeld einen REDpoint haben will und auch haben soll, da gibt es für den Standort schon konkrete Angebote. Auch wird man sich für Purkersdorf und Klosterneuburg noch genau überlegen müssen, wie man dort mit den Organisationen umgeht. Klosterneuburg ist immerhin die drittgrößte Stadt in Niederösterreich.

Aber der Anspruch an die REDpoints ist natürlich ein höherer als nur ein Trostpflaster. Vorbild ist das überaus erfolgreiche Sankt Pöltener REDpoint-Büro. Ein attraktives Geschäftslokal in einer Fußgängerzone/Innenstadt mit vielen eigenen Veranstaltungen, Vernissagen, Diskussionen unter Einbindung unserer verschiedenen Organisationen. Das funktioniert in St. Pölten hervorragend, das ist eine gesellschaftliche Drehscheibe und wir haben auch gut die Ju-







gend mit drinnen. Und so einen Schwung erhoffen wir uns auch in den neuen REDpoints. Sie sollen künftig Anlaufstelle für alle Menschen sein. Egal ob diese Parteimitglied sind oder nicht. Wir wollen auf dieser Schiene niederschwellig, so wie man in der Sozialarbeit sagen würde, an die Leute herankommen. Über Veranstaltungen und Aktivitäten, bis jemand dann einmal die Entscheidungen trifft, um wieder mal ein kreiskysches Wort zu bemühen, ein Stück des Weges mit uns geht.

**Kommen wir zurück zu den Regionalbüros. Wie soll dort die personelle Struktur aussehen?**

In der Regel wird es eine/n RegionalmangerIn, eine/n BetreuerIn für Ortsorganisationen, eine/n für Medienarbeit, eine/n Verantwortliche/n für Organisatorisches und eine Sekretariatskraft geben.

Wir haben die Büroleiter ganz bewusst Manager genannt, weil sie echte Manageraufgaben erfüllen müssen. So ein Regionalmanager ist uns künftig für die gesamte Region verantwortlich. Sowohl personell als auch für alle Aktivitäten. Dienstrechtlich ist er dem Landes-

geschäftsführer unterstellt.

Es wird eine interne Ausschreibung geben, wo sich alle MitarbeiterInnen, die sich berufen fühlen und die Qualifikation haben, bewerben können. Wir werden dann gemeinsam mit den betroffenen Bezirken die Entscheidung darüber treffen, wer Regionalmanager wird. Das wollen wir alles bis März 2017 über die Bühne bringen.

**„Die müssen echte Manageraufgaben erfüllen“**

**Kann sich der jeweilige Regionalmanager dann sein Team selbst aussuchen?**

Er wird ganz sicher eine Mitsprache haben. Es kann je nach Größe der Region, da gibt es einen genauen Schlüssel, auch bis zu drei Kommunalmanager, also Betreuer für Ortsorganisationen, geben. Die sollen eigentlich ständig herum fahren, die Ortsorganisationen aufsuchen, sich mit Leuten im REDpoint treffen. Die Öffentlichkeitsarbeiter sollen die Ortsorganisationen bei der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit unterstützen...

**Auch beim Zeitungsmachen?**

Nicht auf Dauer, aber sie werden

z.B. bei einem Neustart einer Zeitung helfen, das Projekt zu entwickeln und anzuschieben. Sie sollen hier entsprechende Impulse geben, wie z.B. auch auf lokale Themen aufmerksam zu machen. Selbstverständlich können sich die Ortsorganisationen auch um Unterstützung bei Presseaussendungen, Pressekonferenzen etc. an die einschlägigen Experten vom Regionalbüro wenden. Aber die ÖffentlichkeitsarbeiterInnen der Regionalbüros werden auch die Aufgabe haben, die neuen Medien besonders zu betreuen. Zuvor werden sie dafür speziell geschult, denn es ist mir ein großes Anliegen, dass diese Leute im Bereich Social Media tiptop sind. Das eine sind die Aussendungen an die klassischen Printmedien, aber das andere ist: Wie man mit den neuen Medien, Homepage, Facebook etc. umgeht.

**Und der Mann oder die Frau für Organisatorisches?**

Die sind für Service zuständig, die haben den Servicecharakter hoch zu halten. Das sind diejenigen, die, neben dem Sekretariat, am häufigsten im Regionalbüro und in den REDpoints anzutreffen

sein werden. Die sorgen auch dafür, dass Plakate und so Dinge in die Region kommen.

Gleichzeitig werden wir zentrale Aufgaben, die bis jetzt in den Bezirken stattgefunden haben, an die Landesorganisation ziehen. Wir werden die Büros vor Ort z.B. nicht mehr mit Buchhaltungsaufgaben oder Mitgliederverwaltung blockieren. Auch die EDV wird zentralisiert.

**Die Reform geht also viel tiefer, als nur in die äußere Struktur. Die Aufgabengebiete der einzelnen ParteimitarbeiterInnen werden klarer definiert und neu verteilt...**

Ganz wichtig sind mir Schulungen und die Weiterbildung der Regionalmanger, Kommunalmanager und Öffentlichkeitsarbeiter, aber

auch des Servicepersonals. Ja, wir haben auch eine klare Aufgabenstellung und Zuständigkeit definiert. Der Regionalmanager trifft die Entscheidungen, hilft mit, koordiniert alles und ist uns verantwortlich. Der Kommunalmanager hat die Aufgabe, wirklich direkt

**Größere Präsenz vorort bei den Organisationen**

bei den Stadt- und Ortsorganisationen vor Ort zu sein. So Aussagen aus der Vergangenheit wie: *Den Bezirksgeschäftsführer hab ich schon ewig nicht mehr gesehen...* dürfen nicht mehr möglich sein. Alle, auch die Öffentlichkeitsarbeiter und das Servicepersonal, sind für ihre gesamte Region mitverantwortlich. Aber sie müssen auch

mit eventuellen lokalen Unterschiedlichkeiten in einer Region umgehen können. Ein Beispiel dazu aus der Zentralregion: Das Pielachtal hat ganz andere Bedürfnisse als der Raum rund um St. Pölten. Fast Region hat so auch ihre lokalen Besonderheiten.

**Ist man bei der Personalauswahl bemüht, Leute zu nehmen, die aus der jeweiligen Region stammen?**

Das ist selbstverständlich eine Überlegung. Wenn die allgemeine Qualifikation für den Job passt, ist das sicherlich ein wichtiges weiteres Argument.

**Werden die Bezirksvorsitzenden bleiben?**

Selbstverständlich, die politische Struktur wird ja durch diese Reform nicht angegriffen. Das



Fotos: www.fotopluttsch.at





bräuchte außerdem eine Statutenänderung auf Bundesebene. Aber der Unterschied wird sein: Im Gegensatz zum jetzigen Bezirksgeschäftsführer hat es der künftige Regionalmanager nicht nur mit einem, sondern mit mehreren Bezirksvorsitzenden, mit denen er sich verständigen muss, zu tun.

Und es darf einfach nicht mehr sein, dass man sich, so wie früher oft genug passiert, nur ein dreiviertel Jahr vor einer Nationalratswahl im Wahlkreis mal zusammengesetzt und die Bezirke ausgemacht haben: *Ihr stellt's den Kandidaten und wir den.* Und dann hat es in vielen Fällen nicht einmal mehr eine weitere Zusammenarbeit gegeben. Weder für den Wahlkampf und schon gar nicht in Zeiten außerhalb eines solchen.

**Das neue System soll also auch befördern, dass die Bezirksvorsitzenden künftig mehr zusammenarbeiten?**

Ja, und das müssen sie auch. Sie müssen über den Tellerrand ihres Bezirkes schauen.

**Wird die Landespartei nach der Strukturreform mehr, weniger oder gleich viel Angestellte haben?**

Es wird keine reformbedingten Entlassungen geben. Aber oft wird

natürlicher Abgang nicht ersetzt werden. Mit der neuen Struktur werden wir ungefähr gleich viel Angestellte haben, was wir ursprünglich nicht geplant hatten. Denn es sollte über die Struktur auch beim Personal zu Einsparungen kommen, um zusätzliches Geld

#### Haus der Sozialdemokratie am Europaplatz 5

für die Arbeit vor Ort frei schauen zu können. Aber dadurch, dass wir mit dem neuen Wahlkreis Gänserndorf/Bruck unerwartet eine siebente Region bekommen haben, ist das jetzt eben so.

**Bis wann soll die neue Struktur stehen? Wie schaut hier der Zeitplan aus?**

Ende 1. Quartal 2017 muss alles erledigt sein, da gibt es einen entsprechenden Beschluss.

**Auch eine örtliche Neuausrichtung der Landespartei steht im Raum, weg vom derzeitigen Niederösterreichhaus, hin zu einem Haus der Sozialdemokratie...**

Ja, auch das beschäftigt mich eigentlich schon seit Beginn, als ich die Partei übernommen habe. Und ich sehe mich mit so einem Haus der Sozialdemokratie auch in guter Gesellschaft mit den Kärntnern und Steirern. Und Oberöster-

reich will das jetzt auch angehen. Mich hat bei uns von Anfang gestört, dass hier (*das Interview wurde in Niederösterreichhaus geführt – Anm.d.Red.*) zwar die Landespartei ist und noch die eine oder andere Organisation, aber kein Haus der SPÖ Niederösterreich mit allen ihren Gliedern wie GVV und und und. Es war und ist mein Ziel, so ein Haus zu erreichen und wenn man sich sträubt in das Niederösterreichhaus zu gehen, ist das für mich auch kein Problem. Ich hänge nicht an diesem speziellen Haus, wir können es veräußern, um woanders nachhaltig Besitz zu schaffen. Vor allem will ich die Kräfte bündeln.

Zurzeit haben wir das noch nicht, aber für mich ist ein Haus der Sozialdemokratie an einer anderen Stelle kein Tabuthema. Andere Parteien, die nicht so zergliedert sind wie wir, haben uns das Kräfte-Bündeln schon vorgezeigt. Deshalb ist es meine Zielsetzung ein eigenes Haus der Sozialdemokratie. Der GVV hat das jetzt schon mit seiner Übersiedlung auf den Europlatz 5 in Angriff genommen und auch mein Ziel ist es, an dieser Adresse das Haus der Sozialdemokratie zu schaffen. Selbstverständlich vorbehaltlich der ein-

schlägigen Beschlüsse. Eine Grundsatzentscheidung will ich noch heuer haben.

**Was wird die Landespartei in Sachen der von ihr und auch vom GVV geforderten Reform des Nö. Wahlrechts unternehmen?**

Nicht nur bei der letzten Wahl, sondern bei den letzten Urnengängen hat man leider gut gesehen, dass das niederösterreichische Wahlrecht seine Tücken hat. Da muss man jetzt wirklich schauen, dass man hier zu einem zeitgemäßen Gesetz kommt. Man muss hinterfragen, ob es wirklich sinnvoll ist, dass jeder Zweitwohnsitzer ohne Wenn und Aber wählen kann. Und ganz besonders bin ich der Meinung, dass ich als Mandatar nur in einer Gemeinde im Gemeinderat sitzen darf. Zurzeit lässt das Gesetz ja die Kandidatur in mehreren Gemeinden zu. Das ist für mich schlicht demokratiepolitisch nicht richtig und eine No-go-Situation!

**Ohne NÖVP wird da aber nichts gehen...**

Ich werde da aktiv auf die ÖVP zugehen und ich denke, dass bei diesem Thema, nicht zuletzt aufgrund der Vorkommnisse bei der Bundespräsidentenwahl, der Druck der Öffentlichkeit ziemlich groß geworden ist. Und den kann man durchaus noch verstärken. Aber mir geht es da nicht nur um eine niederösterreichische Lösung. Denn ich bin der Meinung, dass es nicht sinnvoll ist, so viele verschiedene Wahlrechte wie jetzt in Österreich, zu haben. Es wäre längst an der Zeit, auch hier eine Vereinheitlichung zu schaffen, das gehört auf Bundesebene angegangen.

**Dazu braucht es dann auch Christian Kern.**

Also der hat sicherlich nichts gegen eine einheitliche Regelung.

Da sitzen die Quertreiber sicherlich ganz woanders, ohne da jetzt ausführlicher zu werden.

**Wo sehen Sie denn die Landespartei 2030?**

Als stärkste Kraft in Niederösterreich. Ich sehe sie als moderne, gut strukturierte, auf den sozialen Ausgleich Wert legende und

#### Modern, sozial und gut strukturiert

zukunftssträchtige Partei. Ein Partei, die die Zeichen der Zeit rechtzeitig erkannt hat und auf große Themen wie Beschäftigungsbonus, Wertschöpfungsabgabe, Lehrlingsausbildung, ArbeitnehmerInnen-

schutz oder wie immer das Kind heißt, rechtzeitig reagiert hat.

Das Thema Arbeitsplätze wird immer wichtiger werden, denn die Jobs werden durch die rasante technische und digitale Entwicklung nicht mehr in den Industriebetrieben, sondern verstärkt in den Ein-Personen-Unternehmen, in den Klein- und Mittelbetrieben entstehen. Die Großkonzerne werden Personal abbauen, die setzen vermehrt auf Vollautomatisierung. Deshalb gehören die EPU's, die Klein- und Mittelbetrieben belohnt und um diese zu unterstützen, sehe ich noch viele arbeitsmarktpolitischen Initiativen notwendig.







Liebe Gemeindevertreterin!  
Lieber Gemeindevertreter!

Ein politisch turbulentes Jahr geht zu Ende - Präsidentschaftswahlen in Österreich und den USA, der Brexit, die Herausforderungen, die der Syrienkonflikt und die dadurch verursachte Flüchtlingsbewegung mit sich bringen, die Türkeifrage und vieles mehr haben uns beschäftigt und reichlich medialen Niederschlag gefunden. Über andere wichtige Themen wurde daher weniger berichtet - daher möchte ich sie heute kurz ansprechen: Gesundheit und Umweltschutz - meine wesentlichsten Arbeitsbereiche im Europäischen Parlament:

Jeder hat ein Recht auf eine gute Gesundheitsvorsorge. Deshalb ist es entscheidend, dass innovative Medikamente und Behandlungsmethoden für alle EU-BürgerInnen zu einem fairen, angemessenen und erschwinglichen Preis verfügbar sind. Von Hepatitis C sind in Österreich z.B. rund 30.000 Menschen betroffen, durch den Einsatz moderner, aber extrem teurer Arzneimittel könnten viele von ihnen besser als bisher behandelt und auch geheilt werden. Wir setzen uns daher für mehr Forschung aber auch für mehr Transparenz im Pharmasektor ein!

Zu einer guten Gesundheit gehört auch eine „gesunde“ Umgebung. Die etwa durch Autoabgase entstehenden Stickstoffoxide greifen die Lunge an und führen so zu Atemwegserkrankungen. In Österreich leiden bereits 400.000 Menschen an COPD. Wir sind daher auch für eine verbesserte Luftqualität aktiv geworden. Wir SozialdemokratInnen haben erreicht, dass im Europäischen Parlament ein Untersuchungsausschuss zum VW-Abgasskandal eingesetzt wurde - mit dem Ziel, Verantwortlichkeiten klar zu benennen und Bestimmungen für korrekte Abgasmessungen zu entwickeln. Denn Luftverschmutzung ist kein Kavaliersdelikt sondern eine reale Gesundheitsbedrohung!

Ein wesentlicher Schritt für eine gesunde und nachhaltige Umwelt für künftige Generationen wurde mit der Ratifizierung des neuen Welt-Klimavertrages gesetzt. Jetzt geht es um konkrete Maßnahmen. Mit Investitionen in ein nachhaltiges Wachstum können wir viel erreichen: eine Ankurbelung der Wirtschaft durch „green jobs“, den Ausstieg aus der fossilen Energie und damit die Chance, dem Klimawandel Einhalt zu gebieten.

Gemeinsam haben wir - die SPÖ GemeindevertreterInnen und die S&D Abgeordneten im Europäischen Parlament - eine starke Stimme für die Bürgerinnen und Bürger in der EU!

Es gäbe noch viel zu berichten von meiner Arbeit im Europaparlament - vielleicht haben Sie einmal ein paar Minuten übrig und besuchen meine Homepage ([www.karinkadenbach.at](http://www.karinkadenbach.at)) oder melden sich über Facebook (<https://www.facebook.com/MEP.Karin.Kadenbach>).

Herzlichst,

Ihre Karin Kadenbach  
Abgeordnete zum Europäischen Parlament



## Der KI Buch-Tipp Kurze Geschichte einer nachhaltigen Bewegung

Die vorliegende Publikation bietet einen gerafften, gut überschaubaren Überblick zur Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. Zentrale Ereignisse und Etappen werden in die österreichische Geschichte eingebettet.

Sucht man nach dem roten Faden sozialdemokratischer Politik, der durch eine rund 120-jährige Parteigeschichte führt, so findet man diesen im - unter anderem auf Max Adler zurückgehenden - Konzept der Sozialen Demokratie. Die Verbindung aus Demokratisierung und sozialer Wohlfahrt zählt bis heute zu den beständigen Anliegen

der Sozialdemokratie.

Neben Porträts sozialdemokratischer Persönlichkeiten und der Erklärung wichtiger Schlüsselbegriffe liegt der Schwerpunkt in diesem Buch auch auf einigen ausgewählten Themenbereichen (z.B. Demokratie, Sozialstaat, Europäische Integration etc.), deren historische Entwicklung und aktuelle Bedeu-

tung deutlich gemacht werden.

\*\*\*

„Sozialdemokratie in Österreich. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung zur modernen Sozialdemokratie“ von Günther Sander erschien 2013 im Karl-Renner-Institut. ISBN: 978-3-85464-035-6. 72 Seiten. Preis: fünf Euro.

Fotos: Renner Institut, Stadtgemeinde Ternitz/Robert Unger



Kunst für den Namensgeber (v.l.): Schulstadträtin Mag.<sup>a</sup> Andrea Reisenbauer, Vizebürgermeister Mag. Christian Samwald, Ehrenbürger Prof. Robert Hammerstiel, Bundespräsident a.D. Dr. Heinz Fischer, Bürgermeister und GWV-Präsident LAbg. Rupert Dworak, Finanz- und Kulturstadtrat KommR. Peter Spicker.

## Ternitz: Schulcampus „Dr. Heinz Fischer“

Die Stadt Ternitz benannte ihren Schulcampus nach Dr. Heinz Fischer. Der beliebte Bundespräsident a.D. ließ es sich nicht nehmen, beim entsprechenden Festakt am 10. November persönlich anwesend zu sein und „diese Ehre demütig“ anzunehmen. Der international renommierte Ternitzer Künstler und Ehrenbürger Prof. Robert Hammerstiel hat für diesen besonderen Anlass einen Holzschnitt von Dr. Fischer angefertigt und den ersten Abzug im Rahmen des Festaktes dem Geehrten persönlich übergeben.





Ehrlich: In einem richtigen Winter sieht's in Bärnkopf so aus - aber die letzten drei Winter waren nicht so.

## Orts-Reportage Bärnkopf, Bezirk Zwettl

# Vom Leben im tiefen Wald...

Keine andere Gemeinde in NÖ liegt so tief im Wald wie Bärnkopf. Für ihre BewohnerInnen ist das Segen & Fluch zugleich: Die Naturnähe ist überwältigend und die Abgeschlossenheit formte eine einzigartige Dorfgemeinschaft. Nicht mal die Jungen wollen hier weg - aber leider sind Jobs in der Region rar.

Der nächste Arzt ordnet in Unvorstellbar. Hier hilft eine Ko- Martinsberg, 15 Kilometer ent- operation mit der FF-Gutenbrunn, Auch eine richtige Bankfiliale fernt. Feuerwehr existiert keine. 11 Kilometer entfernt. gibt es nicht. Aber jeden Dienstag- nachmittag und Donnerstagvor-



Bild links: Brotbacken im Holzfeuerofen, da kann man sicher sein, dass es doppelt so gut schmeckt. Bild oben: Das Amtshaus der Gemeinde Bärnkopf.



1 Silvester 2 Langlaufpause in der Sonne 3 + 4 Holzarbeiter haben 1760 eine Lichtung geschlagen und hier den Ort gegründet.

mittag wickeln in der Volksschule Raika-Bedienstete Bankgeschäfte für die Bärnkopfler ab. Die Bewohnerinnen der kleinen Gemeinde, die vor 250 Jahren auf einer herausgeschlagenen Lichtung inmitten einer der größten zusammenhängenden Waldgebiete Österreichs von Holzfällern gegründet wurde, haben sich mit ihrer exponierten Lage arrangiert.

Einen Nahversorger haben die Bärnkopfler nämlich. Und diesen verdanken sie niemand anderem als sich selbst. Als die ursprüngliche Betreiberin 2012 ihr Geschäft

aufgab und auch die Gemeinde trotz größter Bemühungen keinen Nachfolger auftreiben konnte, schlugen die Dörfler einen eigenwilligen Weg ein: Sie gründeten den privaten Verein „Unser G'schäft in Bärnkopf“ und betreiben nun den Laden in Eigenregie.

Arnold Bauernfried, Gemeindevizeiter seit 1983 und seit 2012 auch Bürgermeister erklärt: „Das Kaufhaus befand sich am Standort von 1970. Also hat die Gemeinde selbst 40.000 Euro in eine neue Ausstattung gesteckt. Gleichzeitig wurden an die Bevölkerung 330

Bausteine zu je 100 Euro verkauft und damit 33.000 Euro gesammelt. Mit diesem Startkapital wurde das neue Geschäft mit Waren gefüllt.“

Heute hat der Verein 130 Mitglieder – bei insgesamt 130 Haushalten. Sozusagen steht die gesamte Dorfbevölkerung hinter ihrem Kaufhaus. Bauernfried: „Ohne Geschäft wäre das eine Katastrophe. Nicht nur für uns, sondern auch für unseren sanften Tourismus.“ Für den Betrieb hat sich der Verein einen Partner gesucht und ist bei der Zwettler Firma Kastner fündig geworden. „Wir sind ja im



Fotos: Waldviertel Tourismus/Robert Herbst; Gemeinde Bärnkopf/Arnold Bauernfried  
Auf ihren Nahversorger sind die BürgerInnen besonders stolz. Sie betreiben ihn mittels Verein erfolgreich in Eigenregie.





Verein und im Vorstand alle keine Kaufleute.“, so der Orts-Chef. Kastner beliefert das Geschäft viermal die Woche mit Frischwaren und macht auch die Buchhaltung und stellt einen Betriebsberater.

Bauernfried: „Der Verein ist nicht gewinnorientiert, aber wenn man ein bisserl einen Gewinn hat, dann ist das natürlich nicht schlecht, denn man braucht ja auch gewisse Reserven.“ Übrigens: Der Wert der verkauften Bausteine konnte den Investoren bereits in Form von Warengutscheinen rückerstattet werden. Die geniale Idee machte Schule: Inzwischen haben bereits 15 andere Gemeinden das Bärnkopfer-Modell übernommen.

Das Geld in der Bärnkopfer Gemeindekasse ist immer knapp. Das Budget im a.o. Haushalt beträgt 500.000 Euro. Der Tourismus, drei Gasthäuser, eine Kfz-Werkstätte und ein Gebrauchtwagenhändler bescheren gerade mal 30.000 Euro Kommunalsteuer. Aber der Rechnungsabschluss 2015 war ausgeglichen. Um 1760 von Holzfällern gegründet, lebten so gut wie alle Bärnkopfer 200 Jahre lang von der Waldarbeit. Heute gibt es hier gerade noch zwei Menschen, die das tun. Die riesigen Wälder rundum gehören der Familie Habsburg-Lothringen und werden auch von ihr bewirtschaftet. Viele Jobs sind den Maschinen zum Opfer gefallen.

Bauernfried ist als Gemeindegemeinderat der einzige Vollzeitbeschäftigte der Gemeinde. Außer ihm gibt es nur noch eine teilzeitbeschäftigte Schulwartin. Dass die Gemeindearbeit in allen Bereichen trotzdem funktioniert, ist guter Organisation (z.B. den Winterdienst übernehmen Private) aber auch viel persönlichem Engagement geschuldet:

Vizebürgermeister Erich Bauernfried, ein Cousin des Orts-Chefs, ist schon in Pension und kümmert sich kostenlos beispielsweise um die Wasserversorgungsangelegenheiten und den Friedhof. Er ist Traktor-Fan und hat den „Kommunaltraktor“ privat angekauft. Ein



anderer Gemeinderat, ein Elektriker, betreut, ebenfalls kostenlos, die Ortsbeleuchtung und sorgt im Falle des Falles für die nötigen Instandsetzungsarbeiten.

Schon 1970 wurden unter dem damaligen Bürgermeister Karl Grudl erste Schritte in Sachen Tourismus unternommen. Durch viel Engagement der Bevölkerung, aber auch der Gemeinde, konnte in den letzten 30 Jahren die Basis für eine erfolgreiche Tourismusgemeinde geschaffen werden. Mit der offiziellen Verleihung des Prädikates „Luftkurort“ im März 2007 durch die NÖ Landesregierung fanden die touristischen Bemühungen der Gemeinde auch ihre verdiente Aner-

kennung. Mittlerweile verbucht Bärnkopf jährlich zwischen 4.000 und 5.000 Nächtigungen.

Heutzutage müssen sich die meisten Bärnkopfler ihre Arbeit auswärts suchen. Viele pendeln täglich in die nähere Umgebung aus, oder auch bis nach Zwettl, Krems oder Linz. Manche sind sogar Wochenpendler nach Wien. Und bei denen, die ihren Hauptwohnsitz in Bärnkopf aufgeben mussten, gibt es den Trend, in der Pension in die Heimat zurückzukehren. „Die haben ihre Wurzeln nie ganz verloren und blieben immer integriert in der Dorfgemeinschaft“, so Bauernfried, und: „Heuer hatten wir zwei junge Pär-

chen aus dem Ort, die haben geheiratet und bauen nun Häuser hier. Das ist für uns wie ein Lotto-sechser.“

Der Bürgermeister kommt ins Philosophieren: „Wenn jemand sagt: *Ihr lebt's ja hinterm Wald!* dann erwidern wir: *Das stimmt nicht. Wir leben mitten im Wald!* – Und natürlich inmitten der schönsten Natur. Das ist unser wertvollstes Gut. Ich habe selbst schon eine vierjährige Enkelin und wie die aufwächst, so kann man sich das Kindsein vorstellen. Kein Verkehr, barfuß in der Wiese laufen. Das erinnert mich natürlich an meine eigene Jugend. Und das ist sicher auch die Triebfeder für viele Bärn-



Fotos: Waldviertel Tourismus/Robert Herbst; Gemeinde Bärnkopf/Arnold Bauernfried







- 1 Auch ohne Schnee bietet der Ort einen malerischen Anblick.
- 2 Der Fitnessparcours lädt zur Bewegung in frischer Waldluft.
- 3 Brunnenidyll zur Erfrischung der Wandersleute.
- 4 Besonderer Ferienspaß beim Floßbau und -fahren am See.
- 5 Sogar einen Beachvolleyball-Platz kann Bärnkopf bieten.
- 6 Spaßig und gesund: der Stelzenwald - steht auch im Wald.
- 7 Kaum zu toppen: mit der Seele baumeln am Waldsee-Ufer.
- 8 Auch am Pferderücken läßt sich die herrliche Natur gut entdecken.



Fotos: Waldviertel Tourismus/Robert Herbst; Gemeinde Bärnkopf/Arnold Bauernfried

kopfler, wenn es jobmäßig nur irgendwie geht, im Ort zu bleiben.“ Das soziale Klima im Ort ist herausragend. Bauernfried: „Der Zusammenhalt unserer Dorfgemeinschaft ist enorm. Das ist das Um und Auf in unserem Leben und das ist das, was mir auch das Bürgermeisteramt erleichtert. Und das ergibt sich natürlich auch durch unsere exponierte Lage. Nachbarschaftshilfe wird bei uns groß geschrieben, Nachbarn schauen sich um die älteren Leute um.“

Der Bürgermeister abschließend: „Wenn ich mir für die Gemeinde etwas wünschen würde, dann wä-

ren das auf jeden Fall mehr Arbeitsplätze in der Region. Und: Wir liegen ja nur ein paar Kilometer von Oberösterreich entfernt. Eine gute Verkehrsverbindung in den Amstettener/Enns/Linzer-Großraum würde uns da auch sehr helfen. Denn dort gibt es viele und große Firmen, die Facharbeit anbieten, die auch entsprechend bezahlt wird. Diese Unternehmen haben wir leider bei uns im Bezirk nicht. Wir hören immer wieder, dass wir voll auf den sanften Tourismus setzen sollen, aber dass wir nur damit überleben können, das glaube ich einfach nicht ganz.“



## FACT-SHEET Bärnkopf

Gemeinde im Bezirk Zwettl, Waldviertel. Liegt im Zentrum eines der größten geschlossenen Waldgebiete Österreichs. Wurde vor 250 Jahren von Holzfällern gegründet. Bärnkopf ist die höchstgelegene Gemeinde des Waldviertels. Im riesigen Gemeindegebiet liegt auch der 1.041m hohe Weinsberg, die höchste Erhebung des Waldviertels. Luftkurort

\*\*\*  
Einwohner: 347,  
plus rd. 130 Zweitwohnsitzer.  
Fläche: 47,58 km², davon sind 95% bewaldet. Seehöhe: 968m  
Gemeinderat (13 Mandate):  
10 SPÖ, 3 ÖVP  
\*\*\*

Besonderheiten:  
Nahversorgungsgeschäft, das die Bärnkopfer mit einem Privatverein selber betreiben;  
sanfter Tourismus, drei Gasthäuser, davon zwei mit insgesamt 20 Zimmern, dazu noch 68 Gästebetten in Privatquartieren; Stockplatz, zwei Tennisplätze, Fußballplatz, Beachvolleyplatz, Kinderspielfeld, Fitnessparcours, 50 km Wanderwege, 60 km Loipen (sieben Strecken plus eine Verbindung zum Gutenbrunner Loipennetz), vier Mountainbike-Routen über insgesamt 90 Kilometer, Zeltplatz, Bädeteich, mehrere Fischteiche; viele Kooperationen mit Nachbargemeinden.





Österreichische Geschichte: Dr. Karl Renner 1932 bei der Republikfeier im Wiener Stadion.

## Frischer Wind im Renner Museum: neue Führung, neue Ausstellungen

von Mag. Dr. Michael Rosecker,

stv. Direktor des Renner-Instituts, Leiter der Abteilung für politische Aus- und Weiterbildung und Grundlagenarbeit, Leiter des Karl-Renner-Museums in Gloggnitz, Bezirk NK.

Als sich im Jahr 1977 die in Amerika lebenden Enkel Karl Renners mit dem Gedanken trugen, die Gloggnitzer Villa des zweimaligen Staatsgründers zu veräußern, regte der damalige Bundeskanzler Bruno Kreisky an, diese anzukaufen und darin ein Museum zum Andenken an Karl Renner und seine Zeit einzurichten. Kreisky riet, einen Verein zu schaffen, der als Träger des Karl-Renner-Museums fungieren sollte.

So kam es 1977 zu Gründung des Vereins „Dr. Karl Renner Gedenkstätte“, der 1978 die Villa ankufte, diese denkmalgerecht renovierte und darin zahlreiche Ausstellungsobjekte von und über Renner zu-

sammentrug. Bereits im März 1979 konnte Bruno Kreisky das Museum eröffnen.

Das Herz des Museums, die Renner-Villa, wurde 1894 in der Architektur des Späthistorismus errichtet und liegt im Zentrum von Gloggnitz. Im Jahr 1907 wurde Karl Renner für den Bezirk Neunkirchen als Abgeordneter zum Reichsrat gewählt. Um einen Wohnsitz in seinem Wahlbezirk zu haben, erwarb er 1910 die Villa in der heutigen Rennergasse 2. Sie blieb bis 1950 sein Privatbesitz. Im Verlauf der weiteren Jahre wurde ein Nachbargrundstück dazugekauft, darauf ein Museumsbetriebsgebäude und ein Besucher-Empfangszentrum errich-

tet. 2011 wurde mit einer Modernisierung des Ausstellungsgebäudes und einem modernen Zubau der heutige Status geschaffen.

Das neue Führungsteam mit der Vorsitzenden Bürgermeisterin Irene Gölles, Wolfgang Luftensteiner als Museumsdirektor und Michael Rosecker als wissenschaftlicher Leiter versteht das Museum als Gedenkstätte für den zweifachen Staatsgründer, Staatskanzler und Bundespräsidenten Karl Renner und die bewegte Geschichte der Republik Österreich. Die Zielsetzungen sind dabei die Stärkung des historischen Wissens und die Förderung einer demokratischen Gedenkkultur.

Dabei richtet die Museumsarbeit bewusst den Blick auf aktuelle Themen und Fragestellungen der Gegenwart, um stets den Brückenschlag zwischen Vergangenheit und Zukunft zu schaffen. Es ist ein offener Ort der Wissensvermitt-



Bild links: Ein Privathaus mit großer österreichischer Geschichte, die Renner-Villa. Bild rechts: Ein Blick ins Museum.

lung, der Kulturarbeit und der gesellschaftlichen Debatte.

Zwei Dauerausstellungen bilden den Kern des Museumsprogramms. Zum einen wird das Leben und Werk Karl Renners mit seiner engen Verbundenheit mit den Um- und Aufbrüchen der österreichischen Geschichte dargestellt. Zum anderen zeigt die Ausstellung „Österreichs Weg vom Vielvölkerstaat zur EU“ das Entstehen der Republik aus dem Untergang der Donaumonarchie, die Entwicklungen der Ersten Republik mit ihrem Scheitern und den Weg in den Faschismus. Ebenso werden die Zeit des Nationalsozialismus und das Werden der Zweiten Republik als Neuanfang dargestellt und schließlich der Weg zur Europäischen Union erläutert.

Darüber hinaus gibt es auch jährlich wechselnde Sonder-Ausstellungen. Das Jubiläumsjahr 2018 (100 Jahre Republik) wird bereits kommandes Jahr mit zwei neuen Themen vorbereitet. Die Ausstellung „Das Epochenjahr 1917 – Kriegselend und Friedensseh-

sucht“ zeigt die einschneidenden Ereignisse des vorletzten Kriegsjahres. Elend an der Front, Hunger im Hinterland und wachsende Friedenssehnsucht prägten das Bild. Das Kriegsjahr 1917 mit dem Kriegseintritt der USA und der russischen Revolution sollte den weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts prägen.

In der Sonder-Ausstellung „Die Frauen der Republik – Leben und Wirken österreichischer Politikerinnen“ zeigt das Museum anhand von biografischen Darstellungen und ausgewählten Themenfeldern den zähen politischen Kampf österreichischer Frauen um Emanzipation und Gleichberechtigung. Themen u.a. wie das Frauenwahlrecht, der Kampf um den Paragraph 97 StGB

oder das Rollenverständnis im Faschismus sind der informative Rahmen, der die Darstellung des Lebens und Wirkens hervorragender Politikerinnen umfasst. Diese Ausstellung ist auch das erste Projekt im Rahmen der Initiative „Young Curator“, die es NachwuchshistorikerInnen ermöglichen soll, innovative Ausstellungsprojekte umzusetzen.

Neben den Kernaufgaben des Ausstellungsmachens wird mit der sommerlichen Konzertreihe „Klanggarten“ im wunderbaren Garten der Villa Kulturarbeit und mit regelmäßigen Vorträgen, Lesungen und Buchpräsentationen Bildungsarbeit geleistet.

Im Jahr 2017 startet außerdem das Projekt „Patenschaft im Renner Museum.“ Dabei werden Förderer und Förderinnen gesucht, die mit finanzieller Unterstützung die Möglichkeit erhalten, Pate/Patin zentraler Schaustücke der Sammlung zu werden.

### TIPP!

Das Renner Museum auch gerne spezielle Gruppen-Angebote für Gemeinden an.

Kontakt: Vzbgm. Mag. Wolfgang Luftensteiner Tel.: 0664/231 70 62 oder E-mail:

wolfgang.luftensteiner@spoe.at  
Weitere Infos auf  
www.rennermuseum.eu



Das Museumsteam (v.l.): Peter Dörenthal, Lisa Nadine Kaspar, Edith Pichler, Anna Zmugg, Wolfgang Luftensteiner, Michael Rosecker und Josef Gesslbauer.



# SCHWIMM- FLÜGERL!



Hygieneartikel, Feuchttücher, Katzenstreu, Speisereste, Altöle, sogar verstorbene Haustiere verstopfen unsere Kanäle und verursachen hohe Kosten – die wir alle über die Kanalgebühr bezahlen müssen. Helfen Sie mit: Schützen wir gemeinsam das niederösterreichische Kanalnetz, schonen wir unsere Umwelt und unsere Geldbörsen! Infos auf: [www.klobal.at](http://www.klobal.at)



## Sicherheit auf Knopfdruck

Es kann leicht vorkommen, dass allein lebende Menschen auf rasche Hilfe von anderen angewiesen sind - bei einem Sturz oder Schwächeanfall zum Beispiel. Mit einem Notruftelefon von der Volkshilfe kann einfach und schnell Hilfe herbeigerufen werden. Das Notruftelefon ist auch für „Betreutes Wohnen“ sehr gut geeignet.



„73-jährige Frau liegt nach Sturz hilflos drei Tage in Wohnung“ – eine Meldung die so oder in ähnlicher Form in regelmäßigen Abständen in unseren Medien auftaucht. Die angesprochene Dame hatte Glück, ein aufmerksamer Nachbar alarmierte gerade noch rechtzeitig die Polizei und die Feuerwehr konnte sie befreien, doch das ist leider nicht immer so. Ein Sturz oder Schwächeanfall kann für allein lebende Menschen in Ihrer Gemeinde zu einer lebensbedrohenden Situation führen. Mehr Sicherheit – und das auf Knopfdruck – bringt ein Notruftelefon der Volkshilfe.

**Wie funktioniert das?** Das Notruftelefon wird entweder an die Telefonleitung angeschlossen oder über das GSM-Netz betrieben, je nach Verfügbarkeit. Auf einem Armband befindet sich der Sender. Mit einem Knopfdruck auf den Handsender wird man mit der Notrufzentrale der Volkshilfe verbunden. Über die Freisprecheinrichtung versucht die MitarbeiterIn der Notrufzentrale

Kontakt aufzunehmen. Gelingt das nicht, werden Vertrauenspersonen freier Wahl (z.B. Nachbarn, Tochter oder Sohn) informiert und im Bedarfsfall die Rettung verständigt.

**Was kostet so ein ein Notruftelefon?** Die Kosten für ein Notruftelefon betragen pro Monat 26,55 Euro (Festnetz) bzw. 30,30 Euro (SIM-Karte). Die einmalige Anschlussgebühr beträgt 30,30 Euro. Es entstehen keine weiteren Service- oder Wartungskosten.

**Weihnachtsaktion für NeukundInnen: Anschlussgebühr sparen!**

Entscheidet sich jemand aus Ihrer Gemeinde jetzt für ein Notruftelefon und mietet es für mindestens ein halbes Jahr, dann schenken wir den NeukundInnen die Anschlussgebühr von 30,30 Euro. Die Aktion ist bis 31.12.2016 gültig. Unter bestimmten Voraussetzungen kann das Notruftelefon gratis sein (Fördermöglichkeit durch Land Niederösterreich abhängig vom

Einkommen und Kontingent)!

**Wie kommt man zu einem Notruftelefon?** Die Anmeldung ist einfach. Binnen 48 Stunden wird das Notruftelefon zuhause angeschlossen. Die Handhabung des Telefons ist unkompliziert und bietet rund um die Uhr Sicherheit.

**Anmeldung & mehr  
Infos unter**

Telefon: 0676 / 8700 26565  
(Stichwort: Weihnachtsaktion)

E-Mail: [notruftelefon@noe-volkshilfe.at](mailto:notruftelefon@noe-volkshilfe.at)

Internet: [www.noe-volkshilfe.at/notruftelefon](http://www.noe-volkshilfe.at/notruftelefon)

**Notruftelefon für Wohnanlagen mit „Betreutem Wohnen“:** Planen Sie in Ihrer Gemeinde die Errichtung von „Betreutem Wohnen“? Das Volkshilfe-Team unterstützt Sie bei dem Projekt – von der Idee bis zur Umsetzung und Betreuung. Es sorgt ua. schon vorab für die technische und organisatorische Vorbereitung für Rufbereitschaft rund um die Uhr.





von Mag.ª Sabine Blecha  
Juristin des Verbandes

## Serienende: Basics der NÖ Gemeindeordnung Teil 11 – Das Amtsgeheimnis

Wer ein öffentliches Amt ausübt, erhält Einblick in Dinge, deren öffentliches Bekanntwerden Schaden anrichten kann bzw. die in der Öffentlichkeit nichts verloren haben. Der letzte Teil unserer fortgesetzten „Gemeinde-Rat“ Serie zu den häufigsten Fragen im Gemeindemandatars- Alltag beschäftigt sich mit den Verschwiegenheitspflichten im kommunalpolitischen Amt: Wissen zum Amtsgeheimnis und mehr.

Die Amtsverschwiegenheit in der Kommunalpolitik steht im Spannungsfeld zwischen berechtigten Informationsinteressen bestimmter (eventuell betroffener) Personen oder der Allgemeinheit an „Gemeindewissen und Vorgängen“ auf der einen und berechtigten Geheimhaltungsinteressen betroffener Bürger oder der Gemeinde selbst auf der anderen Seite. Dieses Spannungsverhältnis ist auch in völker- und europarechtliche Vorgaben eingebettet, die für den österreichischen Verfassungsgesetzgeber bindend sind, wie das in Art 10 MRK verankerte Grundrecht der Meinungsäußerungsfreiheit, das prinzipiell auch Gemeindemandataren zusteht, sowie das Grundrecht auf Datenschutz. Die Auflösung dieses Spannungsverhältnisses erfolgt in den meisten demokratischen Staaten dadurch, dass der freie Zugang zu den bei den öffentlichen Stellen vorhandenen amtlichen Informationen als Grundsatz postuliert wird. Zum Schutz berechtigter gegenläufiger und vorrangiger öffentlicher bzw. privater Geheimhaltungsinteressen sind Ausnahmen vom Informationszugangsrecht festgelegt, die dieses entweder begrenzen oder überhaupt ausschließen.

### Die Amtsverschwiegenheit

Der Bürgermeister und die übrigen Mitglieder des Gemeinderates sind aufgrund ihres Gelöbnisses zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet. Die Amtsverschwiegenheit ist grundsätzlich in der österreichischen Bundesverfassung geregelt und wird durch die NÖ Gemeindeordnung konkretisiert. Sie erstreckt sich auf alle den Gemeinderatsmitgliedern ausschließlich aus ihrer amtlichen Tätigkeit bekanntgewordenen Tatsachen, deren Geheimhaltung im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit, der umfassenden Landesverteidigung, der auswärtigen Beziehungen, im wirtschaftlichen Interesse einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, zur Vorbereitung einer Entscheidung oder im überwiegenden Interesse der Parteien geboten ist. Die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit dauert nach Beendigung der Mitgliedschaft zum Gemeinderat fort. Von der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit können die Mitglieder des Gemeinderates nur vom Gemeinderat entbunden werden. Amtliche Tatsachen bedeuten dabei, dass nur solche Tatsachen geheim zu halten sind, die dem Bürgermeister und den Ge-

meinderäten ausschließlich aus ihrer amtlichen Tätigkeit bekannt sind. Sind ihnen diese geheimen Tatsachen auch aus anderen – nichtamtlichen – Quelle bekannt, so ist darüber keine Amtsverschwiegenheit zu wahren. Mit anderen Worten, die Geheimhaltungspflicht betrifft nur Tatsachen, die tatsächlich geheim sind und nicht etwa auch aus anderen Quellen, wie zB. dem Voranschlag, Dienstpostenplan, Rechnungsabschluss, örtlichen Entwicklungskonzept oder Grundbuch zu entnehmen sind, da geheime Tatsachen nur einem geschlossenen Personenkreis bekannt sind! Neben dem Bürgermeister und den Gemeinderäten sind auch die Gemeindebediensteten aufgrund ihrer dienstrechtlichen Vorschriften zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet.

### Schutzwürdige Interessen – Abwägungsgebot

Die Regelungen der NÖ Gemeindeordnung zur Amtsverschwiegenheit zielen auf den Schutz der oben genannten Interessen ab. In der kommunalpolitischen Praxis sind vor allem die wirtschaftlichen Interessen der Gemeinde und die überwiegenden Interessen betroffener Personen von Bedeutung. Zur Beantwortung



der Frage, wie weit die Verschwiegenheitspflicht geht, ist also immer auf den Ursprung des Wissens (nur aus der amtlichen Tätigkeit?) und auf mögliche Auswirkungen der Verbreitung des Wissens (welche Interessen können verletzt werden?) zu achten. Eindeutige Geheimhaltungspflichten betreffen zB. die Abgabenschulden von einzelnen Abgabenschuldern oder Informationen über Wohnungssuchende, die sich um Gemeindewohnungen bewerben. Jeder Fall ist einzeln zu beurteilen, der betroffene Gemeindemandatar muss das Geheimhaltungsinteresse immer gegen andere Interessen, va. der Meinungsfreiheit, abwägen. Wird in einer Sitzung die Vertraulichkeit beschlossen, besteht allerdings immer die Verpflichtung zur Verschwiegenheit.

### Verletzung des Amtsgeheimnisses

Die Verletzung der Amtsverschwiegenheit kann strafrechtliche Konsequenzen und zivilrechtlichen Schadenersatz zur Folge haben. Strafrechtliche Sanktionen sind möglich, da der Begriff des „Beamten“ nach dem Strafgesetzbuch (StGB) auch auf den Bürgermeister

und die Mitglieder des Gemeinderates anzuwenden ist, weil diese als Organe der Gemeinde tätig werden (§ 74 Z.4 StGB). Der Bruch des Amtsgeheimnisses kann mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft werden. Die strafbare Handlung ist in § 310 StGB als die Offenbarung oder Verwertung eines Geheimnisses durch einen „Beamten“ definiert, dem dieses Geheimnis ausschließlich kraft seines Amtes anvertraut bzw. zugänglich geworden ist. Die Strafbarkeit ist immer dann gegeben, wenn die Bekanntgabe der geheim zu haltenden Information geeignet ist, ein öffentliches oder ein berechtigtes privates Interesse zu verletzen. Eine wissentliche Verletzung des Amtsgeheimnisses, bei der der Täter die Verletzung des Amtsgeheimnisses nicht nur für möglich hält, sondern weiß, dass er mit der öffentlichen Bekanntgabe einer Information das Amtsgeheimnis bricht, stellt einen Amtsmissbrauch dar und ist mit Freiheitsstrafe von 6 Monaten bis zu 5 Jahren zu bestrafen (§ 302 StGB). Zivilrechtliche Konsequenzen sind denkbar, wenn jemand durch den Bruch des Amtsgeheimnisses einen materiellen

Schaden erlitten hat. Voraussetzung einer Schadenersatzpflicht ist ein Verschulden des Schädigers, also dessen, der die Amtsverschwiegenheit verletzt hat.

### Exkurs I: Datenschutzgesetz

Neben der Amtsverschwiegenheit gibt es noch andere gesetzliche Verschwiegenheitspflichten, insbesondere das Datenschutzgesetz. Danach hat jedermann insbesondere auch im Hinblick auf die Achtung seines Privat- und Familienlebens Anspruch auf Geheimhaltung der ihn betreffenden personenbezogenen Daten, sofern ein schutzwürdiges Interesse daran besteht. Einschränkungen dieses Rechts sind nur in engen Grenzen und nur gesetzlich möglich.

### Exkurs II: Auskunftsgesetz

Amtsverschwiegenheit und Auskunftspflicht sind wie zwei Seiten einer Medaille: Alle Verwaltungsorgane haben über ihren Wirkungsbereich Auskünfte zu erteilen, soweit dem eine gesetzliche Verschwiegenheitspflicht nicht entgegensteht. Es gibt somit im Prinzip kein neutrales Wissen der Gemeinde. Entweder besteht eine Verpflichtung zur Verschwiegenheit oder eine zur Auskunft. Wie und unter welchen Umständen eine Auskunft zu erteilen ist, regeln die landesgesetzlichen Auskunftspflichtgesetze (zB. NÖ Auskunftsgesetz). Demnach kann jeder grundsätzlich formlos, auch telefonisch Auskünfte verlangen. Die Auskünfte sind ohne unnötigen Aufschub, spätestens aber binnen acht Wochen zu erteilen. Allerdings sind Auskünfte nur insoweit zu geben, als diese ohne wesentliche Beeinträchtigung der übrigen Aufgaben der Verwaltung möglich sind und sie nicht nur offenbar mutwillig verlangt werden. Wird eine Auskunft nicht erteilt, so ist auf Antrag darüber ein Bescheid zu erlassen.





von Mag. Christoph Hohenecker  
Merkur Treuhand Steuerberatung GmbH  
www.merkurtreuhand.at

## Gravierende Änderungen bei Gebäudeabschreibungen ab 2016

Ab 2016 wurden deutliche Schlechterstellungen bei Gebäudeabschreibungen eingeführt. Für Betriebsgebäude besteht nun ein einheitlicher Abschreibungssatz von 2,5%, bzw. 1,5%, wenn sie zu Wohnzwecken vermietet werden. Bei der Vermietung und Verpachtung beträgt das neue gesetzliche Aufteilungsverhältnis für Grund und Boden und Gebäude 40% : 60% mit Abweichungen laut der Grundanteil-Verordnung 2016.

Die zur Finanzierung der Tarifenkungen in der Steuerreform 2015/2016 ab 2016 eingeführten Einschränkungen bei der Absetzung für Abnutzung (AfA) sehen im Detail wie folgt aus (unter Berücksichtigung der Information des Finanzministeriums vom 12.5.2016 sowie die Grundanteils-Verordnung).

### 1. Einheitlicher Abschreibungssatz von 2,5% bei Betriebsgebäuden

Bisher galt je nach betrieblicher Einkunftsart differenzierend ein AfA-Satz von (bis zu) 2-3%:

- 3% für unmittelbar der Betriebsausübung dienende Betriebsgebäude von Gewerbetreibenden und Land- und Forstwirten
- 2,5% für Bank- und Versicherungsgebäude
- 2% für Gebäude, die anderen betrieblichen Zwecken dienen (zB Betriebsgebäude von Freiberuflern, Vermietung von Betriebsgebäuden zu Wohnzwecken)

Für im Jahr 2016 beginnende Wirtschaftsjahre gilt ein einheitlicher Abschreibungssatz von 2,5%. Für Betriebsgebäude, die zu Wohnzwecken vermietet sind, gilt nunmehr ein Abschreibungssatz von 1,5% (analog zur Regelung bei der Vermietung und Verpachtung im

außerbetrieblichen Bereich). Bei Überlassung von Betriebsgebäuden an Dritte ist daher zu differenzieren, ob die Überlassung für Wohnzwecke oder für andere Zwecke erfolgt. Eine Überlassung für Wohnzwecke (AfA-Satz 1,5%) liegt zB jedenfalls bei einer längerfristigen Überlassung von Wohnraum für mindestens 3 Monate vor.

Durch diese „Vereinheitlichung“ der AfA-Sätze kommt es überwiegend zu einer deutlichen Verschlechterung für den Steuerpflichtigen: Der AfA-Satz für gewerbliche Betriebsgebäude und für Gebäude im Betriebsvermögen, die zu Wohnzwecken vermietet werden, wird jeweils um 0,5% reduziert (auf 2,5% bzw. 1,5%). Eine Erhöhung des AfA-Satzes tritt (nur) bei Betriebsgebäuden von Freiberuflern ein (von 2% auf 2,5%).

Der einheitliche Abschreibungssatz von 2,5% bzw. 1,5% ist ein gesetzlicher Höchstsatz. Ein geringerer Prozentsatz kann ebenso angeordnet werden, sofern dies nicht willkürlich und bloß zur Vermeidung von Liebhaberei geschieht.

Bei Gebäuden in Leichtbauweise und bei Gebäuden, die vor 1915 errichtet wurden, erfolgt nach Auffassung der Finanzverwaltung keine Änderung des Abschreibungssat-

zes, d.h. es ist ein Abschreibungssatz von 4% bzw. 2% auch ohne Vorlage eines Gutachtens ansetzbar.

Der Nachweis einer kürzeren Restnutzungsdauer ist wie bisher möglich, idR durch ein Sachverständigengutachten. Wurde bereits in der Vergangenheit die Nutzungsdauer im Einzelfall nachgewiesen, kommt es aufgrund der gesetzlichen Änderungen zu keiner Änderung des Abschreibungssatzes.

Grundsätzlich ist ohne grundlegende Änderung der Nutzungsverhältnisse der Nachweis aber nur bei Inbetriebnahme möglich! Nunmehr ist gesetzlich klargestellt, dass, wenn in der Vergangenheit die Nutzungsdauer nicht nachgewiesen wurde, für das erste Wirtschaftsjahr, das nach dem 31. Dezember 2015 beginnt, eine kürzere Restnutzungsdauer nachgewiesen werden kann. Dies bedeutet im Grunde ein Nachholverbot! Der AfA-Satz sollte also rechtzeitig vor Erstellung des Jahresabschlusses bzw. der Steuererklärungen 2016 geprüft werden und gegebenenfalls ein Sachverständigengutachten eingeholt werden. Wird hingegen ein Sachverständigengutachten erst in Folgejahren eingeholt, so wird die Finanzverwaltung den Nachweis einer kürzeren Nutzungs-

dauer durch dieses Gutachten nicht akzeptieren, wenn sich die Nutzungsverhältnisse nicht grundlegend geändert haben.

Die Neuregelung ist erstmals für im Kalenderjahr 2016 beginnende Wirtschaftsjahre anwendbar. Wurde bisher ein von 2,5% abweichender AfA-Satz angewendet, reduziert oder erhöht sich die AfA ab 2016 entsprechend. Der neue AfA-Satz von 2,5% oder 1,5% ist auf die ursprüngliche Bemessungsgrundlage (insbesondere Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten) anzuwenden. Die Änderung des Abschreibungssatzes führt auch zu einer Änderung der Restnutzungsdauer.

Der neue AfA-Betrag (und damit auch ein allfälliger neuer AfA-Mischsatz) kann vereinfacht wie folgt ermittelt werden:

- Bei einem bisherigen AfA-Satz von 3% kann der bisherige AfA-Betrag um 1/6 gekürzt werden.
- Bei einem bisherigen AfA-Satz von 2% kann der bisherige AfA-Betrag um 1/4 erhöht werden.

Beispiel:

Ein Betriebsgebäude eines Gewerbetreibenden wurde im 1. Halbjahr 2010 angeschafft. Anschaffungskosten (Gebäudeanteil): € 100.000 jährliche AfA bis 2015 (3%): € 3.000, d.h. insgesamt € 15.000 Restbuchwert 31.12.2015 (Gebäudeanteil): € 85.000 jährliche AfA ab 2016 (2,5%): € 2.500 Restnutzungsdauer: 32 Jahre (€ 2.500 \* 32 = € 85.000 Gesamtnutzungsdauer also 37 Jahre (5 Jahre 3% AfA, 32 Jahre 2,5% AfA) statt 33,33 Jahre (bei durchgehender AfA von 3% pro Jahr)

### 2. Änderung des Aufteilungsverhältnisses für Grund und Boden bei Vermietung und Verpachtung

Im Bereich der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung wurde bisher idR ein Grundanteil von



20% steuerlich anerkannt. Durch die Steuerreform 2015/2016 wurde ein neues gesetzliches Aufteilungsverhältnis für Grund und Boden und Gebäude normiert: Ohne Nachweis eines anderen Aufteilungsverhältnisses sind von den Anschaffungskosten eines bebauten Grundstückes 40% als Grundanteil auszuscheiden. Dies gilt nicht, wenn die tatsächlichen Verhältnisse offenkundig erheblich (um zumindest 50%) davon abweichen. Der entsprechende Nachweis kann insbes. durch ein Sachverständigengutachten erbracht werden.

Weiters sind in der inzwischen erlassenen Grundanteils-Verordnung des Finanzministeriums je nach Einwohneranzahl der Gemeinde, Anzahl der Wohn- und Geschäftseinheiten und dem durchschnittlichen m²-Preis für baureifes Land unterschiedliche Prozentsätze für den Grundanteil vorgesehen:

In Gemeinden mit mindestens 100.000 Einwohnern (derzeit: Wien, Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck) beträgt der Grundanteil 30%, wenn das Gebäude mehr als 10 Wohn- oder Geschäftseinheiten umfasst, sonst 40%.

In Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohnern ist zu unterscheiden:

- Der Grundanteil beträgt 20%, wenn der durchschnittliche m²-Preis für als Bauland gewidmete

und voll aufgeschlossenen unbebaute Grundstücke (baureifes Land) weniger als € 400 beträgt.

- Beträgt der durchschnittliche m²-Preis für baureifes Land hingegen mindestens € 400, so beläuft sich der Grundanteil auf 30%, wenn das Gebäude mehr als 10 Wohn- oder Geschäftseinheiten umfasst, sonst 40%.

Der durchschnittliche m²-Preis für baureifes Land ist anhand eines geeigneten Immobilienpreisspiegels mit Abbildung auf Gemeindeebene glaubhaft zu machen.

Das pauschale Aufteilungsverhältnis kommt auch auf bereits vermietete Gebäude zur Anwendung, sofern bisher kein Nachweis über ein anderes Aufteilungsverhältnis erbracht wurde. War die Frage des Wertverhältnisses von Grund und Boden und Gebäude von Überprüfungsmaßnahmen durch das Finanzamt, ist jenes Aufteilungsverhältnis als nachgewiesen anzusehen, das sich als Ergebnis der Überprüfung ergeben hat. Voraussetzung ist jedoch, dass das Aufteilungsverhältnis konkret Gegenstand der abgabenbehördlichen Prüfung war.

Bei Grundstücksverkäufen in 2016 ist auf die neue AfA abzustellen (Immobilienvertragssteuer). Ein davon abweichender Nachweis mittels Sachverständigengutachten ist möglich, muss aber bis zum Verkauf erfolgen!





von Oberst  
Markus Haindl, BA MA,  
Leiter des Büros für Öffentlichkeitsarbeit und Interner Betrieb der LPD NÖ

## Polizei, Gemeinden und Bürger an einem Strang!

ist daher vielmehr als eine Querschnittsmaterie zu begreifen und wird von der Polizei wesentlich, aber nicht ausschließlich gestaltet. Die Beschreitung neuer Wege durch die Polizei bei Ermittlungen und im Bereich der Prävention sind eine selbstverständliche Konsequenz, allerdings nur ein Faktor im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Herausforderung.

Die Initiative *Gemeinsam.Sicher* von Bundesminister Mag. Wolfgang Sobotka hat daher den strukturierten Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Gemeinden und Polizei zum Ziel. Durch diese Art der Vernetzung soll dem Bedürfnis der Menschen nach umfassender Sicherheit unter größtmöglicher Einbeziehung der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher Rechnung getragen werden.

Bereits im Frühjahr dieses Jahres wurde in den Bezirken Mödling, Schärding, Eisenstadt, sowie in der Stadt Graz ein Probetrieb gestartet.

### Sicherheitspartnerschaften

Durch die enge Zusammenarbeit von Polizei, Gemeinden, Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Schulen und Sicherheitskoordinatoren sollen sicherheitsrelevante Herausforderungen angegangen und maßgeschneiderte Lösungen vor Ort erarbeitet werden.

### Wer sind hier nun die wesentlichen Akteure?

*Sicherheitspartner* sind Menschen die in einer Gemeinde Interesse am Mitgestalten von Sicherheit haben. Sie sollen durch die

Weitergabe von Präventionsinformationen an ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger als Multiplikatoren fungieren und zur Sensibilisierung der Bevölkerung in Vorbeugung von Verbrechen beitragen.

*Sicherheitsgemeinderäte* sind Gemeinderäte die in Sicherheitsfragen als Bindeglied zwischen Gemeinde und örtlich zuständiger Polizeiinspektion agieren.

*Sicherheitsbeauftragte* sind Polizistinnen und Polizisten die auf der örtlich zuständigen Polizeiinspektion zentrale Ansprechpartner für Sicherheitspartner und wesentliche Akzente im Bereich der Prävention und Information der Bevölkerung setzen.

*Sicherheitskoordinatoren* sind auf Ebene der Bezirks- und Stadtpolizeikommanden angesiedelt und sollen Bindeglied zwischen allen Beteiligten der Sicherheitspartnerschaften auftreten. Durch ihre überregionale Kenntnis der Sicherheitslage und den damit verbundenen Erfordernissen sollen sie Maßnahmen der Prävention koordinieren und an ihrer Umsetzung mitwirken.

### Die Erfahrungen aus der bisherigen Praxis

*Beispiel 1:* Fahrräder für Asylwerber in Mödling

Im Bezirk Mödling wurden von Bürgerinnen und Bürgern Fahrräder an Asylwerber verschenkt. Es kam in der Folge zu Missverständnissen über Eigentumsverhältnisse und auch zu zahlreichen gefährlichen Situationen im Straßenverkehr.

Der Sicherheitsbeauftragte trat daher in Kontakt mit den Asylhei-

## GEMEINSAM.SICHER in Niederösterreich

men. Als sofortige Maßnahme wurden durch die Stadt Mödling Aufkleber entworfen und produziert um die Herkunft der Fahrräder nachvollziehbar zu machen.

Begleitend wurden durch den ÖAMTC die Fahrräder einem kostenlosen Sicherheitscheck unterzogen. Die Fahrräder werden nunmehr erst nach einem Radfahrtraining, veranstaltet durch den ÖAMTC, ausgehändigt.

*Beispiel 2:* Besitz- und Ruhestörung durch Obdachlose in Eisenstadt

Mehrere Obdachlose nutzten ohne Erlaubnis einen Geräteschuppen auf einem brachliegenden Grundstück als Quartier. Die Grundstückseigentümer traten an einen Sicherheitspartner heran. Durch rasche Vernetzung zwischen Polizei, Gemeinde und sozialen Einrichtungen konnten der Grundstückseigentümer über die rechtli-

che Lage informiert werden und die Obdachlosen in einer sozialen Einrichtung untergebracht werden.

### Ausblick

*Gemeinsam.Sicher* muss als Paradigmenwechsel in der Auffassung polizeilicher Arbeit angesehen werden und bedarf daher auch entsprechender Anpassungen und Schulungsmaßnahmen in der Landespolizeidirektion Niederösterreich. Bereits Ende November nahmen Vertreter aller Bezirks- und Stadtpolizeikommanden an einer mehrtätigen Ausbildung teil, in der sowohl die wesentlichen Inhalte der Initiative, als auch mögliche Wege der Umsetzung vermittelt wurden. Diese Schulungen werden nun in den ersten Wochen und Monaten des neuen Jahres auf der Bezirksebene fortgesetzt. Eine flächendeckende Umsetzung ist daher erst im Verlaufe der ersten

Jahreshälfte 2017 zu erwarten. Im Rahmen der Bürgermeisterkonferenzen der Bezirkshauptmannschaften werden mit Beginn des kommenden Jahres die wesentlichen Inhalte vorgestellt und rasch die notwendigen Schritte zur Umsetzung vereinbart werden.

### Conclusio

Sicherheit im modernen Verständnis ist nur durch enge Vernetzung aller Beteiligten zu gewährleisten. *Gemeinsam.Sicher* ist daher eine Maßnahme der zeitgemäßen Bürgerbeteiligung an sicherheitsrelevanten Themen.

Der Erfolg dieser Initiative ist daher von der Akzeptanz der Gemeinden, der Flexibilität der Polizei und der Partizipation der Menschen in Niederösterreich abhängig.

Nähere Infos unter  
[www.gemeinsamsicher.at](http://www.gemeinsamsicher.at)





# FROHE FESTTAGE UND EINEN GUTEN START INS JAHR 2017

WÜNSCHT

DAS TEAM DES VERBANDES DER SOZIALDEMOKRATISCHEN  
GEMEINDEVERTRETERINNEN IN NÖ



Fotos: © Can Stock Photo Inc., © Valentina R., © Kathleen Rekowski, © S.H.exclusiv, © magdal3na, © Family Business - alle Fotolia.com

## **Impressum/Offenlegung Kommunale Information (KI)**

### *Medieninhaber und Herausgeber:*

Verein Information für sozialdemokratische Gemeinden in Niederösterreich, Hans Czettel Platz 1, 2630 Ternitz

*Präsident:* LAbg. Bgm. Rupert Dworak

*Geschäftsführer:* StR Mag. Ewald Buschenreiter

ATU 65073733

*Unternehmensgegenstand:* Produktion und Herausgabe einer Mitgliederzeitung für den Verband sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen in Niederösterreich.

*Grundlegende Richtung:* Information aus kommunal relevanten Bereichen

*Anschrift der Redaktion:* Europaplatz 5, 1. Stock, 3100 St. Pölten

*Chefredaktion:* Hellfried Mayer (hmayer@gvvnoe.at)

*Fachbeiträge dieser Ausgabe:* Mag.<sup>a</sup> Sabine Blecha, Mag. Christoph Hohenecker, Oberst Markus Haindl

*Anzeigenannahme:* Franz Schmucker, 0681 1070 7750, 4fast@kpr.at

*Druck:* Mangold & Kovac



Fließtext

Foto: SPÖ-NÖ